

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 4
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Montag, den 26. November 1917.

24. Jahrg.

Deutsche Kriegsgewinner.

Der Krieg hat unersehbare Kulturwerte in unabsehbar gewaltigem Umfange zerstört und das Zerstörungswert geht weiter. Er hat Millionen wirtschaftlicher Existenzen vernichtet, und es wird der Arbeit von Generationen bedürfen, diese Vernichtungen wieder gutzumachen, soweit das überhaupt möglich ist. Aber der Krieg ist andererseits für eine kleine Minderheit in allen beteiligten Ländern eine beispiellose Bereicherungswelle geworden. In relativ wenig Händen sind die Riesengewinne an Kriegslieferungen zusammengeschlossen und verleihen den glücklich Besessenen eine wirtschaftliche Macht, die im umgekehrten Verhältnis zu der zahlenmäßigen Bedeutung der Gewinnmacher steht. Wir stellen nachstehend 16 Unternehmungen in der deutschen Kriegsindustrie mit ihren Betriebsüberschüssen zusammen, so wie uns die Geschäftsberichte zur Hand liegen. Damit der finanzielle Segen der Kriegsbaikonjunktur recht deutlich in Erscheinung trete, haben wir die Gewinnergebnisse des letzten Friedens- mit dem des dritten Kriegsjahres in Vergleich gesetzt. Die Ziffern sind stets in der gleichen Weise den Geschäftsberichten entnommen, sind also vergleichbar. Es erzielten Betriebsüberschüsse:

Namen d. Unternehmungen	1913/14	1916/17
Hoesch, Dortmund	9 056 361 Mt.	27 588 018 Mt.
Hohentloherwerke, Oberschlesien	9 389 000 „	12 366 000 „
Friedrichshütte, Herdorf	994 448 „	5 993 309 „
Phönix, Herde	45 415 972 „	76 499 640 „
Häpser, Eisen- u. Stahlwerke	3 834 644 „	11 125 814 „
Bismarckhütte, Oberschlesien	3 912 072 „	16 994 214 „
v. d. Zypen	3 710 392 „	17 394 070 „
Deutsches Lugenburg	28 544 476 „	45 298 117 „
Mannesmann	16 804 197 „	50 187 515 „
Boschmer Verein	13 619 511 „	26 492 488 „
Sumegh-Friede	13 344 705 „	21 778 651 „
Königs- u. Laurahütte	11 920 968 „	18 358 196 „
Georg-Marienhütte	7 423 369 „	16 573 552 „
Kattowitzer A.-G. f. Berg u. Hütte	7 181 691 „	9 289 016 „
Rhein, Stahlwerke, Duisburg	10 265 237 „	23 551 490 „
Rombacher Hütten	11 663 161 „	14 876 310 „

Demnach sind die Betriebsgewinne dieser wenigen Unternehmungen, die bereits 1913/14 die sehr stattliche Höhe von 197 Millionen erreichten, im Kriegsjahr 1916/17 auf rund 394 1/2 Millionen Mark, also um 100 Prozent erhöht worden. Mehrere der umfangreichsten Unternehmungen in der deutschen Kriegsindustrie, wie die Waffen- und Munitionsfabrik (Berlin), Krupp, Gelsenkirchen, auch die außerordentlich ertragreichen Werke in der Chemischen und in der Sprengstoffindustrie sind in obiger Liste nicht enthalten, weil sie entweder ihre neuesten Geschäftsberichte noch nicht veröffentlichten oder nur sehr spärliche, nicht vergleichbare Ueberschussziffern publizierten.

Im Laufe des letzten Jahres sind wiederholt, in der Regel im Anschluß an die Erhöhung der Rohstoffpreise, die Preise für halb- und für ganzfertig Fabrikate hinaufgesetzt worden. Das geschah mit der Begründung, die erhöhten Selbstkosten, insbesondere die unangesehnten Lohn- und Zehungen, machten eine Preiserhöhung unbedingt erforderlich. Wie sich diese Behauptung im Lichte der Gewinnstatistik ausnimmt, mag man aus nachstehender Liste erkennen. Sie enthält die Betriebsgewinne von 19 Unternehmungen in den beiden letzten Jahren:

Name der Unternehmung	1915/16	1916/17
Hochöfenwerk Cübed	4 021 500 Mt.	4 037 000 Mt.
Geisweider Eisenwerke	3 332 584 „	5 552 800 „
Charlottenhütte Niederschlesien	3 253 770 „	6 541 800 „
Bergb. u. Hüttenind., Herdorf	3 637 194 „	5 993 300 „
Rhein, Stahlwerke	13 303 443 „	23 551 406 „
Hohenzollern, Düsseldorf	1 497 915 „	2 215 252 „
Gußstahlwerke Annen	943 355 „	1 967 475 „
Eisenind., Menden-Schwerte	1 523 159 „	2 495 504 „
Phönix, Herde	57 892 557 „	76 499 643 „
Deutsches Lugenburg	38 070 828 „	45 298 417 „
Bismarckhütte, Oberschlesien	11 804 893 „	16 994 215 „
Mannesmann	31 804 176 „	50 187 515 „
Bremerhütte, Weidenau	2 206 350 „	5 661 044 „
Laurahütte, Oberschlesien	11 400 000 „	18 358 196 „
Hoesch, Dortmund	13 601 005 „	27 588 018 „
Sumegh-Friede	15 006 625 „	21 778 651 „
Häpser Eisen- u. Stahlwerke	7 732 681 „	11 125 814 „
v. d. Zypen	17 322 622 „	17 394 076 „
Stahlwerk Beder, Krefeld	8 322 324 „	11 936 364 „

Demnach ist der Ueberschuh dieser Unternehmungen im dritten Kriegsjahr noch um über 44 Prozent, von 246 auf rund 355 Millionen Mark hinausgeschossen! Wobei noch zu beachten ist, daß viele Unternehmungen nunmehr als „Kriegsgewinne“ Gewinnsummen ausweisen, die vorher schon durch enorme Ausgaben für große Anläufe, Werkverbesserungen usw. erheblich gekürzt wurden. Die „Kunst der Bilanzstellung“ ist nie so ausgebildet worden zur Verschleierung der tatsächlichen Riesengewinne wie jetzt. Manche Geschäftsberichte geben übrigens zu, daß kaum errichtete umfangreiche Neuanlagen bereits bis auf wenige Mark „abgekauert“ worden sind. Die kolossale Gewinnermehrung auch im dritten Kriegsjahre beweist hinlänglich, daß die vorgenommenen Preiserhöhun-

gen des Gewinnfonds der Unternehmer zugute gekommen sind. Da diese Unternehmungen so gut wie vollständig nur für den Kriegsbedarf arbeiten, sind die ungeheuren Mehrgewinne natürlich auf Kosten des Reiches gemacht worden. Darum versteht man recht gut, warum das Volk die Propaganda der Kriegsverlängerer mit ihren Gewinninteressen zusammenbringt.

Die preussischen Wahlrechtsvorlagen

Sind nun endlich den gesetzgebenden Körperschaften Preußens zugegangen. Raum mangels halber geben wir heute nur die wichtigsten Bestimmungen wieder. Es handelt sich um

1. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten,
2. den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses und
3. den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Artikel 62 und 99 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850.

Nach der Vorlage über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist jeder Preuze wahlberechtigt, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat, in der preussischen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Berechtigung zum Wählen. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Abgeordneten gehen aus unmittelbaren Wahlen hervor. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Preuze, der das 30. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlen erfolgen durch verdeckte Stimmzettel. Gewählt ist, wer die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat. Die Wahlbezirke bestehen aus einem oder mehreren Stadt- oder Landkreisen. Größere Kreise können in mehrere Wahlbezirke geteilt werden.

Nach der Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses sind Mitglieder desselben auf Lebenszeit diejenigen Prinzen des königlichen Hauses und des fürstlichen Hauses von Hohenzollern, die nach erreichter Volljährigkeit von dem Könige berufen werden. Ferner werden auf Grund von Präsentation auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen 60 Personen aus der Zahl der nach der Verordnung wegen Bildung der ersten Kammer vom 12. Oktober 1854 zu erblichen Mitglieder Berufenen. Weiter werden auf Grund von Präsentation in das Herrenhaus berufen: Erstens 36 Bürgermeister größerer Städte für die Dauer der Amtszeit. Zweitens: 36 Besitzer solcher ländlicher Grundstücke, die einen Umfang von mindestens einhundert Sektar haben und die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitze einer und derselben Familie befinden, für die Dauer der Besitzzeit. Drittens: 36 Leiter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer der leitenden Stellungen. Außerdem werden auf Grund von Präsentationen auf 12 Jahre in das Herrenhaus berufen: Erstens: 72 Mitglieder, welche als Vertreter der städtischen und der ländlichen Selbstverwaltung; Zweitens: 3 Mitglieder, welche als Vertreter der Stadt Berlin; Drittens: 1 Mitglied, welches als Vertreter der Hohenzollernschen Gande; Viertens: 36 Mitglieder, welche als Vertreter der Landwirtschaft; Fünftens: 36 Mitglieder, welche als Vertreter von Handel und Industrie; Sechstens: 12 Mitglieder, welche als Vertreter des Handwerks; Siebentens: 16 Mitglieder, welche als Vertreter der Hochschulen und achtens: 16 Mitglieder, welche als Vertreter der Evangelischen und der katholischen Kirche präsentiert werden. Weiter werden ohne Präsentation auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen: Einzelne Personen, die das besondere königliche Vertrauen genießen. Ihre Zahl darf 150 nicht übersteigen. Zur Teilnahme an der Präsentation sind nur männliche Personen befugt, welche seit mindestens drei Jahren die preussische Staatsangehörigkeit besitzen und in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht beschränkt sind.

Nach der Vorlage über die Abänderung der Verfassungsurkunde soll Artikel 62, Absatz 3, folgenden Zusatz erhalten: „Wenn jedoch die Zweite Kammer gegen den Widerspruch der Staatsregierung einen Ausgabeposten, der bisher unter den ordentlichen Ausgaben im Staatshaushalt enthalten war, entweder überhaupt nicht oder nicht in der zuletzt vorgeesehenen oder nicht in der von der Regierung neu vorgeschlagenen geringeren Summe bewilligt, so hat die Erste

Kammer über diesen Posten vor der Abstimmung über den Gesamthaushalt vorweg Beschluß zu fassen. Tritt die Erste Kammer dem Beschlusse der Zweiten nicht bei, so hat diese nach vorausgegangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschuß über den Posten erneut zu beschließen. Erst nach dieser endgültigen Beschlußfassung findet die Abstimmung der Ersten Kammer über den Gesamthaushalt statt.“

Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten soll in den nachfolgenden Wahlbezirken vorgenommen werden: In drei Abgeordnete im Kreise Teltow-Beeskow-Storkow, Stadt Köln; je zwei Abgeordnete in den Städten Charlottenburg, Schöneberg-Neukölln, Kiel-Neumünster, Gelsenkirchen, Bochum-Herne, Duisburg-Oberhausen, Essen und Hamburg; ferner in den Kreisen Tarnowitz-Beuthen und Kattowich-Sindenburg. Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten bleiben gemäß dem geltenden gesetzlichen Vorschriften bis auf geringfügige Ausnahmen bestehen. Beträgt die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlbezirkes entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000, so tritt bei der nächsten allgemeinen Wahl für jeden weiteren angefallenen 250 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzu.

Zweifellos bedeutet die das Abgeordnetenhaus betreffende Vorlage einen gewaltigen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht. Dennoch ist sie aber noch sehr weit von einem wirklich freien Wahlrecht entfernt. Die Herabsetzung des Wahlalters von 24 auf 25 Jahre birgt sogar eine Verschlechterung in sich. Vom Verhältniswahlrecht, vom Frauenwahlrecht, von der Beseitigung der gerade die Arbeiter drückenden Fesseln der einjährigen Anwesenheitsdauer in einer Gemeinde und der dreijährigen Staatsangehörigkeit spürt man nichts. So ist noch mancherlei zu ändern, um das preussische Dreiklassenwahlrecht zu einem wirklich freien, dem Geiste der Zeit entsprechenden Wahlrecht zu gestalten.

Die sogen. „Reform“ des Herrenhauses ist überhaupt keine Reform. Hier bleibt alles beim alten! Vertreter der Arbeiter sollen überhaupt nicht in dasselbe berufen werden, es sei denn, daß sich solche unter denen befinden, die „das besondere königliche Vertrauen genießen“. Dieser Reform wird die Arbeiterschaft den härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Ihr Ziel muß sein: Beseitigung des Herrenhauses, dieses Ueberbleibels aus alter, vermoderter Zeit!

Das amtliche Angebot.

Die Bolschewiki-Regierung in Rußland hat ihrem Friedensverlangen und dem Vorschlage des Waffenstillstandes nunmehr amtlichen Ausdruck gegeben. Wolfs Telegraphen-Bureau meldet darüber aus der russischen Hauptstadt:

Erklärung an die Bolschewiki!

Herr Bolschewiker!

Ich habe die Ehre, Ihnen mit diesem Schreiben mitzuteilen, daß der Kongreß der Generalräte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Abgeordneten ganz Rußlands am 26. Oktober/8. November eine neue Regierung der Republik ganz Rußlands gegründet hat, die der Rat der Volksbeauftragten darstellt. Wladimir Ilich Lenin ist zum Vorsitzenden der Regierung bestimmt worden. Die Politik ist meiner Sorgfalt anvertraut, der ich zum Beauftragten für die auswärtigen Angelegenheiten bestellt bin. Zudem ist Ihrer Aufmerksamkeit, Herr Bolschewiker, folgenden von dem Kongreß der Generalräte der Abgeordneten gebilligten Wortlaut unterbreite, der die Vorschläge für einen Waffenstillstand und für einen demokratischen, auf den Grundgesetzen der Unabhängigkeit der Völker und ihres Rechtes, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen, gegründeten Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen enthält, habe ich die Ehre, Ihnen vorzuschlagen,

das genannte Schriftstück als amtlichen Vorschlag eines sofortigen Waffenstillstandes auf allen Fronten und eines sofortigen Eintretens in Friedensverhandlungen anzusehen. Die Regierung der Republik ganz Rußlands macht diesen Vorschlag allen Völkern und ihren Regierungen.

Wollen Sie, Herr Bolschewiker, die Versicherung des vollkommensten Hochachtung von Seiten der Regierung der Generalräte dem französischen Volke mitteilen, das sich nicht

wird enthalten können, nach Frieden zu verlangen, wie über-
gens alle Kriegführenden, ausgebluteten und des Gemehls
erschöpften Völker.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten. Trotski.

Damit ist die Macht der militärischen Widersacher in
Rußland zunächst zerbrochen und die Verbündeten Rußlands
sind mit diesem, allen Völkern und allen Regierungen
gemachten Vorschlage vor die kritischste Entscheidungsfunde
des ganzen Weltkrieges gestellt.

Die Sonnabend von uns wiedergegebene Nachricht der
Neuen Freien Presse, daß General Duchonin, dem Auf-
trage der revolutionären Regierung folgend, einen Waffen-
stillstand angeboten habe, entbehrt bisher der Bestätigung.
Somit ist es auch zweifelhaft, wer jetzt als Oberbefehlshaber
zu betrachten ist, Duchonin oder Cryslenko. Bisher liegt noch
von keinem der beiden ein Waffenstillstandsangebot vor.

Cryslenko ist Bolschewist und ist in die Waffenkampagne
1906/7 agitatorisch eingetreten.

Auf dem Sowjetkongress am 8. November ant-
wortete Lenin auf die Einwendung eines Delegierten, daß
ein Widerstand darin liege, daß die Friedensstundgebung
der Sowjets bestimmte Bedingungen proklamierte und gleich-
zeitig die Bereitschaft ausspreche, auch andere Vorschläge zu er-
örtern: „Es ist möglich, daß die Regierungen uns nicht
antworten, aber alle sollen wissen, daß wir kein Ulti-
matum stellen, das die Ablehnung des Vorschlages er-
zwingen würde. Wir sind bereit, jeden Gegenvorschlag zu
ermöglichen, aber das heißt nicht, ihn anzunehmen. Es gibt
Vorschläge, die den Kampf bis ans Ende notwendig machen
würden, aber auch solche, derentwegen wir vielleicht nicht
weiterkämpfen werden. Der Punkt des Vorschlages, der die
geheimen Verträge betrifft, nimmt Bezug nur auf Verträge,
die Anexionen und Kontributionen bezwecken. Handels-
verträge bleiben in Kraft. Die Waffenruhe wird allen Völ-
kern vorgezogen. Ihre Dauer will allen Ländern ermög-
lichen, Bedingungen auszusuchen, aber auch der Gegen-
vorschlag kürzerer Waffenruhe müßte angenommen werden.“

Der ausländische Pressevertreter der Bolschewiki an der
schwedischen Grenze erhielt ein amtliches Telegramm aus
Petersburg, nach dem der Oberkommandierende, Gene-
ral Duchonin, deshalb verhaftet worden ist, weil
er sich geweigert hatte, den Vorschlag des Waffenstillstandes
der ganzen Front zu übermitteln. Die Regierung wies die
verschiedenen Frontheere an, selbst auf der ganzen Front die
Friedensverhandlungen einzuleiten.

Der Bundesratsauschuss und das russische Waffenstillstands- angebot.

Der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten
wird unter dem Vorsitz des neuen bayerischen Ministerpräsi-
denten v. Dandl am kommenden Dienstag in Ber-
lin zusammentreten. Der Anlaß zu dieser Beratung über
die politische Lage dürfte in dem russischen Angebot
eines Waffenstillstandes zu suchen sein.

Ungarn und das russische Waffenstillstandsangebot.

Im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte Minister-
präsident Raffai auf eine Anfrage des Grafen Tisza, da-
ber die russischen Verhältnisse eingehend erörterte: Die
russischen Verhältnisse sind nach so ungeklärt, daß nicht fest-
zustellen ist, ob die dortige Friedenspartei imstande sein
wird, ihre Bestrebungen zu verwirklichen. Bisher gelangte
zu uns kein Friedensangebot und auch kein Anerbieten
eines Waffenstillstandes. Wenn ein solches eintreffen wird,
wird es im Einvernehmen mit den Bundesgenossen zum Ge-
genstand wohlwollender Erwägung gemacht. (Lebhafte Zu-
stimmung.) Wenn die Bedingungen annehmbar sind, werden
wir das Anerbieten annehmen. Ich bitte das Haus,
meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Die Kriegslage.

Der auf dem Schlachtfeld von Cambrai von so großen
englischen Hoffnungen begleitete, tagelang mit den stärksten Kräf-
ten fortgesetzte Durchbruchversuch des Marchalls Haig ist bereits
am 24. 11. in britische Teilangriffe zerfallen. Diese richteten sich
vornehmlich mit tiefgelegenen Wasserangriffen gegen die ein-
zelnen Brennpunkte des weiten Kampffeldes, die im Norden der
Einbruchsstelle liegen. Gegen das vielfach bezetzte Juchy führte
der Feind abermals mühselloses mehrfach starke, frische Kräfte
vor. Eine Angriffswelle nach der anderen brach in unserem Ver-
richtungsfeuer zusammen. Nach viermaligem blutigen Anlaufen
wurde der Feind im Gegenstoß gemorren und ihm von unserer
verfolgenden Infanterie Gelände entrissen. In den weichen
Feind schlug das Berührungsgewehr unserer Artillerie und Ra-
schingengewehre und ließ ihn an dieser Stelle besonders schwere
Verluste erleiden. Vor anderen Stellungen kämpften sich heftig
gefallener Engländer.

Weiter östlich versuchte der Gegner, den ihm entzogenen
Dorton-Wald nach dort wieder in seinen Besitz zu bringen.
Von allen Kampfmittelein Begleiter, drangen unter entsetzlichen
Verlusten die düstern englischen Angriffskolonnen langsam bis zum
Dorton vor. Hier trat sie ein in der regnerischen Nacht erfolgloser
Gegenstoß unserer Gardefüßler, die den Feind mit Kolben und
Bayonet in seine Ausgangsstellung zurückwarfen, während an den
Waldhängen schon vorher jeder feindliche Angriff blutig zusam-
mengebrochen war. Wiederum blieb hier eine große Anzahl zer-
störter Tanks vor unseren Stellungen liegen. Im südlichen
Bogen der Einbruchsstelle griff der Feind nach seiner schweren
Schaluppe am frühen Morgen wiederholt später bei Bantoux
an. Die Angriffe gelangten nicht einmal bis an unsere
Stellen heran. Ein neuer Tanks brachen vor unseren Stellungen
auf.

In Flandern nahm von Mittag ab im Abschnitt südlich
der Bahn Rotzange—Staden bis Jandoorbe das feindliche Feuer
heftiger zu und erreichte von 5.15 Uhr nachmittags an höchste
Stärke. Größere Angriffe erfolgten nicht. Nur an der Straße
Dyern—Menin brachen gegen Abend mehrere Hundert Mann
an Angriff vor. Der Vorstoß scheiterte rasch im Feuer- und
Handgranatenkampf. Nachts wurde das heftige feindliche Feuer
ab. Wie aber in der Gegend von Roschennacelle in großer Stärke
legte.

In der französischen Richtung war wie in den Sonntagen
auf der ganzen Front die Gefechtsintensität nach wie vor regel-
mäßig. In der Gegend von Roschennacelle in großer Stärke
legte.

abgewiesen. In der Gegend von Craonne, in der Champagne, auf
dem östlichen Maas-Ufer und im Sundgau nahm das Artillerie-
und Minenwerferfeuer zeitweise große Stärke an. Eigene Stoß-
truppeneinheiten glückten.

In Italien verbluteten sich bei vergeblichen Angriffen im
Brenta-Tal und gegen die von uns genommenen Höhen
Massenangriffe der Italiener.

Die Heeresberichte.

WZ. Großes Hauptquartier, 25. Novbr. (Antlich.)

Westlicher Kriegsjahraplag.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern steigerte sich der Artilleriekampf am Nach-
mittag zwischen dem Southoullter Walde und Jando-
oorbe zu größerer Stärke. Ein englischer Vorstoß an der Straße
Dyern—Menin scheiterte.

Auf dem Schlachtfeld südwestlich von Cambrai spielten sich
heftige, aber nur örtlich begrenzte Kämpfe ab.

Gegen Juchy setzte der Engländer starke Kräfte zu neuen
Angriffen ein. Viermal führten dichte Infanteriewellen vergeb-
lich vor. Ihre Verluste waren besonders schwer. Im Gegen-
stoß gewannen unsere Truppen mehrere hundert
Meter nach vorwärts Raum.

Nach heftiger Feuerwirkung griff der Feind am Abend Dort
und Wald Dourlon an. Unter dem Schutz von Nebelwolken
drang er bis zum Dorf vor. Die zum Gegenstoß eingesetzten Garde-
füßler waren in erbittertem nächtlichen Kampf mit blanker
Waffe der Feind in seine Ausgangsstellungen zurück, während
pommerische Grenadiere am Rande des Waldes jeden feindlichen
Ansturm zum Scheitern brachten.

Nach dem Wipfeln eines Frühangriffs auf Bantoux er-
folgten dort am Nachmittag nur schwächere Teilvorstöße.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Die Tätigkeit der Franzosen blieb fast auf der ganzen Front
reg. Stärkere Erkundungsabteilungen führten gegen unsere
Linien vor; der Artillerie- und Minenwerferkampf war im be-
sonderen nördlich von Craonne, in mehreren Abschnitten der
Champagne und auf dem östlichen Maas-Ufer ge-
steigert. Eigene Sturmtruppen besetzten von gelungener Unter-
nehmung westlich von Beaumont zahlreiche Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Westlich von St. Mihiel und nementlich in Sundgau
verstärktes Artillerie- und Minenfeuer. Im Wald von Apre-
mont und bei Mermersweiler wurden stärkere französische
Vorstöße abgewiesen.

Deutscher Kriegsjahraplag

Mazedonische Front.

Nichts Besonderes.

Italienische Front.

Italienische Angriffe zu beiden Seiten des Brenta-Tales
und gegen den Monte Pertica brachen vor unseren Linien
zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorff.

Berlin, 25. November, abends. (Antlich.)

In Flandern und südwestlich von Cambrai lebhafteste
Feuertätigkeit in einzelnen Kampfabschnitten.
Auf dem Ostufer der Maas sind französische Angriffe
zwischen Samogneux und Beaumont im Gange.
Erfolgreiche Kämpfe im Gebirge zwischen Brenta und
Piave.

Wien, 24. November. (Antlich.)

Zwischen Piave und Brenta und in den Sieben Gemeinden
führte der Feind gestern abermals starke Kräfte zum Gegenangriff
vor. Alle Angriffe scheiterten unter schweren italienischen Ver-
lusten. Sonst nichts Neues.

Wien, 25. November. (Antlich.)

Italienische Angriffe beiderseits der Brenta gegen den am
22. November vom Grazer Schützenregiment Nr. 3 erstickten
Monte Pertica scheiterten an unserem Widerstand.
Im Osten keine besonderen Ereignisse.

Frankreich und Belgien.

Gegen die Friedensfreunde.

Nach Pariser Meldungen sind seit Montag in Paris über
200 Verhaftungen auf Befehl Clemenceaus erfolgt.
Unter den Verhafteten befinden sich Mitglieder der kommunalen
Körperchaften der Stadt Paris und des Seine-Departements.
Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der Friedens-
bewegung in Frankreich.

Rußland.

Die Sage.

Der ausländische Pressevertreter der Bolschewiki an der
schwedischen Grenze erhielt ein amtliches Telegramm aus
Petersburg vom 24. November, nach dem jetzt auf Sei-
ten der Bolschewiki stehen: Die gesamte Armee und
Flotte, sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche
Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau,
Charkow, Kiew und Odessa, sowie das ganze Uralgebiet
und Sibirien. Von den Fronten kommen Hunderte von Ab-
geordneten, die die Mitteilung vollständiger Solidarität mit
der neuen Regierung überbringen. Die Lebensmittelei-
frage ist ernst; jedoch gelang es bisher mit großen An-
strengungen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist nur
noch schwierig, Brot zu beschaffen. Die niederen Eisenbahn-
beamten stehen auf der Seite der Bolschewiki, Sabotage von
höheren Beamten ist daher von geringer Wirkung. Der
Oberkommandierende General Duchonin wurde verhaftet.
Waffen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung
haben bei der Flotte Platz und begannen beim Heere. In
den Städten finden Ratten-alken Stills statt. Die bürger-
lichen Parteien wollen sich nicht unterwerfen, sondern ver-
üben überall Sabotage, wo es möglich ist, sie setzen ihre Hoff-
nung auf Kaledin. Das Ausbleiben telegraphischer Nach-
richten aus Petersburg im Ausland ist auf Sabotage der
Telegraphenbeamten zurückzuführen; diese hofft man jedoch
noch zu überwinden.

Veröffentlichung der Geheimverträge.

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Heute,
Freitag, begannen die Zeitungen der Bolschewiki die Ver-
öffentlichung der Geheimverträge und Dokumente worunter
sich das Dardanellesabkommen, die Note über die
Finanzkonferenz in Bern und verschiedene ge-
heime Telegramme Terektschenkos befinden.

Wie die russische Kriegsgefangenenzeitung „Redjelija“
mitteilt, wurde unter den diplomatischen Aktenpapieren in Pe-
tersburg ein Kopie der früheren Regierung und

Japan geschlossener Geheimvertrag gefun-
den, nach dem sich Japan verpflichtete, im Falle eines
Sonderfriedens nicht gegen Rußland vorzugehen.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Die
Gesandten der Alliierten protestierten in Petersburg ge-
gen die Maßnahme der Veröffentlichung von
Verträgen, die eine Verletzung des von Rußland ein-
gegangenen Londoner Separatfriedensabkommens darstellen.
Sie empfehlen die Lösung der schwebenden Fragen durch die
kommende geschäftliche Versammlung, oder aber sie wür-
den ihren Regierungen empfehlen, ihre offiziellen Be-
ziehungen zur russischen Regierung abzu-
brechen.

Das Nationalitätenprogramm der Bolschewiki.

Der Pressevertreter der Bolschewiki an der russisch-schwedischen
Grenze teilt über Haparanda die durch das Svenska Telegram-
byran kürzlich von der „Prawda“ veröffentlichte Regierungser-
klärung mit, wonach die Maßnahmen des Rates der Beauftragten
des Volkes bezüglich der verschiedenen Nationalitäten sich auf
folgenden Grundfäden aufbauen werden:

1. Freiheit und Souveränität für alle Völker Rußlands.
2. Selbstbestimmungsrecht für die Völker Rußlands bis zu
ihrer Trennung und selbständigen Staatenbildung.
3. Aufhebung der Vorrechte einzelner Völker und National-
kirchen und Einschränkungen aller Art.
4. Das Recht aller Minderheitsvölker und Volksstämme, die
Gebiete Rußlands bewohnen, auf vollständige freie Entwicke-
lung.

Diese Mitteilung ist namens der Republik Rußland von dem
Beauftragten für Nationalitäten-Angelegenheiten, Stalin und
dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, Lenin, un-
terzeichnet.

Fortdauer der Fehde zwischen Maximalisten und Minimalisten?

Nach einem Petersburger Haasbericht unternahm Lenin am
22. November bei den Sozialrevolutionären einen Versuch, um sie
zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen. Jedoch dieser
Schritt war vergebens, denn die Sozialrevolutionäre fordern noch
immer ein Koalitionsministerium aus allen Parteien und fordern
die Einstellung der Politik des Terrors, die Wiederherstellung der
Freiheit der Presse und den Austritt Lenins und Trotskis aus
dem Ministerium. Die Maximalisten weigern sich energisch, auf
Lenin zu verzichten. Eher würden sie Trotski opfern.

Dem Frieden nahe.

Aus Malmö wird gemeldet: Ein italienischer Legationsrat
in Haparanda erklärte einem schwedischen Zeitungskorresponden-
ten: Rußland ist nun dem Frieden sehr nahe. Sobald die Eng-
länder das Land verlassen, wird es nur noch wenige Tage dauern,
bis der Sonderfriede geschlossen wird. — Ein französischer Poli-
tiker jagte demselben Journalisten, die Entente-Gesandten in Pe-
tersburg würden Rußland an einem der nächsten Tage verlassen.
Der Franzose erklärte weiterhin, daß die Soldaten an der Front
in zwei große Gruppen — Novemberisten und Dezemberisten — ge-
teilt seien. Die ersteren beschloßen, die Front November zu ver-
lassen, während die anderen noch bis Weihnachten an der Front
verbleiben wollen.

Die Kosaken.

„Dien“ meldet: Der Rat des Kosakenverbandes
hat einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der
erklärt wird, daß er es ablehne, den Staatsstreich der Bolschewiki
anzuerkennen, aber nicht in den Bürgerkrieg ein-
zugreifen wünsche, der in Rußland ausgebrochen ist. Er
werde mit allen Kräften für die Einführung einer demokratischen
Rechtsordnung in den verschiedenen Kosakengebieten eintreten.

England und die Anerkennung der russischen Regierung.

Reuter meldet aus London: Ueber die Anerkennung der
russischen Regierung ist folgendes zu sagen: Es ist durchaus
noch nicht bestimmt, jeden Verkehr zu vermeiden, so z. B. in
bezug auf die Fragen, die sich auf die Verhaftung eines eng-
lischen Untertanen beziehen. Es kann jedoch keine Rede davon
sein, daß eine diplomatische Anerkennung erfolge, oder daß
Verhandlungen stattfinden. Es besteht nicht die Absicht, eine
derartige Regierung anzuerkennen.

Alle in englischen Häfen liegenden russischen Schiffe beschlagnahmt.

Nach Blättermeldungen hat die englische Regierung alle in
englischen Häfen liegenden russischen Dampfer sowie eine An-
zahl von Dampfern, die zwischen England und Archangelsk
verkehren, beschlagnahmt. Ferner wurde der russische Panzer
„Askold“, der sich im Mittelmeer befindet, unter englisches
Kommando gestellt.

Truppen-Entlassungen.

„Central-News“ meldet: Nach einem drohtlosen Bericht
aus Rußland beschloßen die Leninisten, die Heeresstärke herab-
zusetzen. Sie ordneten an, den Jahrgang 1899 sofort
zu entlassen.

Die russischen Wirtschaftsbetriebe unter Arbeiterkontrolle.

Der Erlaß über die Arbeiterkontrolle, die die neue russische
Regierung einführen wird und die eine der wichtigsten sozialen
Maßnahmen darstellt, bestimmt, wie die „Neue Korrespondenz“ aus
Petersburg meldet, folgendes:

Die Kontrolle wird in allen industriellen, kommerziellen und
landwirtschaftlichen Betrieben sowie auch in den Banken einge-
führt und erstreckt sich auf die Produktion, die Aufbewahrung,
den Einkauf und Verkauf der Produkte und Rohstoffe. Ohne die
Einwilligung der Delegierten und Arbeiter kann ein Unternehmen
die Produktion weder einschränken noch ändern. Die Delegierten
haben das Recht, die Rechnungsbücher, Dokumente, Depots und
Rohmateriallager zu revisieren. Die Beschlüsse der Delegierten
sind bindend für die Besitzer aller Betriebe, sie können nur durch
Regierungsgut geändert werden. Die Delegierten sind dem Staate
gegenüber für die Ordnung, die Disziplin und die Erhaltung des
Eigentums verantwortlich. Personen, die Rohmaterialien ver-
fälschen und sich in bezug auf das Eigentum betrügerischer Hand-
lungen schuldig machen, werden mit Konfiskation ihrer Güter und
mit Gefängnis bestraft. Unternehmer, die bei der Vernachlässi-
gung und Verletzung ihrer Pflichten erfaßt werden, werden
mit Hausarrest bestraft. Kontrollorgane der Arbeiter sind
die Fabrikkommissionen, die durch Delegierte der Angestellten und
des technischen Personals besetzt werden.

Der Erlaß ist von größter Bedeutung. Er greift in die
Rechte, die das Privatigentum bisher an Erzeugung und Ver-
trieb der Güter besaß, mit energisch ändernden Maßregeln ein,
die den Willen bezugens, die Sozialisierung der Wirtschaftsbet-
riebe vorzubereiten. Der Erlaß knüpft unmittelbar an die gegen-
wärtige Politik an. Solange das private Unternehmertum in
den Betrieben autoritär herrschen kann, besteht die Gefahr, daß
es seine Macht ausnützt, die Schwierigkeiten der Staatsgewalt,

die jetzt das Steuer ergriffen hat, durch Steigerung der wirtschaftlichen Desorganisation bedrohlich zu verschlimmern. Die Aufgabe, die der Arbeiterkontrolle zugewiesen wird, ist ungeheuer. Denn in Russland hat das Unternehmertum, wie in allen anderen Ländern der Erde, während der Kriegszeit erschreckend, aber nicht überraschend bewiesen, daß sein Gefühl, Träger gesellschaftlicher Pflichten zu sein, nur eine verkümmerte Existenz führt.

Italien.

Die „Wahrheit über Italien.“

Großes Licht auf die Lage in Italien wirft ein Leitartikel des „Homme libre“. Der Artikel erklärt, daß man jetzt, wo die Offensive der Zentralmächte stockt und das italienische Heer sich erhole, endlich die Wahrheit kennen dürfte. Die von den Oesterreichern angegebenen Geländezahlen und Beutezahlen seien richtig. Dazu kommt, daß 400 000 Mann der italienischen Heere über 200 Kilometer weit von der Kriegszone flohen, teilweise sogar bis nach Rom. In Sizilien, Sardinien und der römischen Campagna und vielen anderen Gegenden gab es lautz der Artikel, längst ganze Dörfer voll von Deserteuren. Es waren zumeist Umläufer, die sich weigerten, an die Front zurückzukehren und die völlig unaestört blieben, weil die Gendarmerte sie nicht angreifen konnte. In Turin, Genua, Ravenna und in der übrigen Romagna kam es zu offenen Ausständen, weil das beidite Volk England und Frankreich für das Unglück Italiens verantwortlich machte. Kurz, das Volk war tatsächlich bereit, Revolution zu machen und die Monarchie zu stürzen, was auch in zahlreichen Reden in Monte Citorio zum Ausdruck kam. Jetzt, so schließt der Artikel, ist dies alles überwunden. Eine Notiz der römischen Stalla teilt mit, daß die Rückkehrtrift für Deserteure bis zum 30. November verlängert wurde, und daß sich anzuerkennend eine große Anzahl Deserteure stellte.

Der Seekrieg.

U-Boot-Erfolge im nördlichen Eismeer.

WTB. Berlin, 25. November. (Amtlich.)

Eines unserer Unterseeboote versenkte im nördlichen Eismeer neuerdings fünf Dampfer mit 14 000 Brutto-Tonnen, darunter die bewaffneten englischen Dampfer „Zollan“ (3788 Tonnen) und „Hberton“ (3125 Tonnen), beide mit Holz von Archangelsk nach England, sowie „Baron Balfour“ (3991 Tonnen), mit Grubenholzladung, der aus Geleitzug herausgeschossen wurde, ferner der bewaffnete russische Dampfer „Zrina“ (2810 Tonnen), mit Lebensmitteln von Archangelsk nach Alexandrowst.

Allelei Kriegsnachrichten.

Wilson's Kriegserklärung an Oesterreich.

Die New Yorker Times berichten, daß Wilson in seiner Botchaft an den Kongreß die Ermächtigung erbitten wird, Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären. Der Grund hierzu sei, daß nach Beschluß des Kongresses Oesterreich-Ungarn sich an Verschwörungen in den Vereinigten Staaten beteiligt und im Mitteländischen Meer ohne Unterchied der Nationalität Schiffe versenkt hat. Ferner sei die Kriegserklärung erwünscht für die einheitliche Kriegführung der Allierten, und Amerika müßte mit allen Verbündeten Deutschlands abbrechen. Man erwartet, daß der Kongreß die Ermächtigung hierzu erteilen wird.

Aus Südbed und den Nachbargebieten.

Montag, 26. November

Die Hoffnung.

Ein eigen Ding ist doch die Hoffnung. Einer unketen Flamme möchte man sie vergleichen, die bald trägt fladert, bald, vom Winde angefaßt, hoch emporlodert, um gleich darauf wieder in sich zusammenzusinken, als wollte sie verlöschen.

Mit der Menschen Hoffnung auf Beendigung des Krieges geht's ebenso. Lange schleppen sie sich dahin, träge und teilnahmslos, mit dem eingermakten tröstenden Gedanken: einmal muß es ja Schluß werden.“ Tritt aber ein politisches oder militärisches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung ein, sind sie gleich aus dem Häuschen und besonders optimistisch Schäume sehen dann den Friedensschluß schon nach wenigen Wochen voraus. Das hindert sie aber durchaus nicht, bald darauf wieder, wenn irgend eine Klatschfiese ein dunkles Gerücht verbreitet hat, ihre frohe Hoffnung fahren zu lassen und felsenfest zu behaupten: „Der Krieg dauert fünf Jahre, daß es nur so fracht.“

Gegenwärtig brennt in vielen Herzen die Hoffnungsflamme wieder hell auf. Die letzten Ereignisse in Russland waren der Wind, der sie angefaßt hatte. „Bis Weihnachten haben wir aber ganz sicher Frieden“, hören wir viele Leute voll freudiger, zuversichtlicher Hoffnungen sagen. Wie lange und sie zerrinnt wieder, wie so oft schon, in nichts?

Manche können sich aufregen über das „Geschmus“, wie sie dieser Leute bald dunkle, bald helle Prophezeiungen geringschätzig nennen.

Doch fragen wir uns mal ernstlich: Ist dieses „Geschmus“ den Leuten nicht ein wenig von Nutzen und Heil? Werden sie dadurch nicht zeitweilig herausgerissen aus ihren trüben Gedanken? Wird ihnen nicht durch ihre gelegentlich auftauchende Hoffnung auf baldiges Ende dieser schrecklichen Zeit die schwere Last von Mühen, Sorgen und Entbehrungen erleichtert, die ihnen aufgenötigt worden ist?

Wir werden diese Frage nicht verneinen können. Und das lassen wir den leichtgläubigen armen Menschen das einzig Gute, das ihnen noch geblieben ist in diesen dunklen schweren Tagen, ihre Hoffnung, bis sie sich zu ihrem Besten erfüllt!

Zur Schlachthaltung. In den „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ lesen wir: Wenn auch die Zahl der Schweine infolge des Mangels an zur freien Verfügung stehendem eiweißhaltigen Futter von der Landwirtschaft verringert worden ist und die Ferkelschlachtung größeren Umfang erlangt hat, steht doch noch ein Bestand zur Verfügung, der die Versorgung von Heer und Marine erlaubt und den notwendigen Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung deckt, selbst wenn das geringere Durchschnittsgewicht der zur Schlachtung kommenden Schweine berücksichtigt wird. Dies geht auch aus der Zwischenzählung vom 15. Oktober hervor. Die Hauptfleischquelle hat für die laufende

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nur zeitweilig zwischen Boeskapelle und Ghelunelt gesteigerte Feuerstätigkeit. Vorfeldschüsse verliefen für uns erfolgreich und brachten Gefangene ein. Nordöstlich von Passchendaele: Heiterke der Vorstoß eines englischen Bataillons.

Auf dem Schlachtfelde südwestlich von Cambrai wiederholte der Feind hartnäckig seine Angriffe bei Smyn. Die dort an den vorhergehenden Tagen in Abwehr und Angriff bewährten Truppen wiesen auch gestern den Feind restlos ab.

Unser Vernichtungsgeschütz löst in die feindlichen Truppenansammlungen und die Bereitstellung zahlreicher Panzerkraftwagen südöstlich von Graincourt. Schwächere Infanterie ließ gegen Bourlon vor. Sie wurde zurückgeworfen.

Aus den letzten Kämpfen bei Bourlon hinter unseren Linien verbliebene Engländerreste wurden im blutigen Nahkampf gesäubert. 3 Offiziere und mehr als 300 Mann wurden gefangen, 20 Maschinengewehre erbeutet.

Am Südwestrande des Waldes von Bourlon und westlich von Fontaine brachten uns nächtliche, sehr heftige Handgranatenschüsse den erwünschten Geländegewinn ein.

Nördlich von Banteuz griff der Feind nach heftigem Trommelfeuer an. Er wurde abgewiesen. Ein englischer Vorstoß östlich von Gricourt brach vor unseren Hindernissen zusammen.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach stärkster Feuersteigerung griff der Franzose in 4 Kilometer Breite zwischen Samogneux und Beaumont an. Seine ersten Angriffswellen wurden durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer zerprengt. Sie stuteten in ihre Ausgangsstellung zurück. Mehrfacher Ansturm neu eingesetzter Kräfte brach in unserer Abwehr zusammen. Zahlreiche Turkos, Juaven und andere Franzosen wurden gefangen.

Das starke Feuer griff von dem Kampffeld auch auf die benachbarten Abschnitte über und hielt namentlich zu beiden Seiten von Dunes tagsüber in großer Stärke an.

Infanterie- und Jagdstaffel-Flieger griffen trotz heftigen Sturms und Regens erfolgreich im Kampf ein und unterstützten auf dem Gefechtsfelde bei Cambrai und an der Maas unerlässlich Führung und Truppen.

Westlicher Kriegsschauplatz u. Mazedonische Front. Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

In örtlichen Gebirgskämpfen erzielten unsere Truppen Erfolge und behaupteten sie gegen italienische Gegenangriffe.

Der Erste Generalquartiermeister.

Zudendorff.

Versorgungsperiode eine Umlage zur Aufbringung von Schweinen, die in erster Linie für die Versorgung unserer Truppen dienen, ausgeschrieben, die aufzubringen notwendig und möglich ist. Um die zur Hauschlachtung erforderliche und zur Abgabe verfügbare Zahl an Schweinen festzustellen, ist vom Kriegsernährungsamt angeordnet worden, daß Viehaufbringungskommissionen überall geschaffen werden, die die Bestände zu prüfen haben. Sie können eine genaue Nachweisung des zulässigen Hauschlachtungsbedarfs fordern und sollen auch darauf achten, daß insbesondere dort die Schweine unverzüglich abgenommen werden, wo erlaubtes Futter nicht zur Verfügung steht. Die Landwirte werden gut tun, die überschüssigen Schweine und alle, für die ausreichendes erlaubtes Futter nicht zur Verfügung steht, bis zum 30. November 1917 abzustutzen, da nur bis dahin die Preise für alle Klassen, auch für die geringwertigsten, auf den Preis der 100-Kg-Klasse einheitlich festgesetzt sind. Im übrigen ist mit Rücksicht auf die Futterlage baldige Vornahme der Hauschlachtungen geboten. Die schnelle Witterung ermöglicht jetzt schon die Konzentrierung des Fleisches. Der Tierhalter ist jetzt auch in der Lage, die Hauschlachtung ohne Schaden vorzunehmen, auch wenn die im Frieden üblichen Gewichte infolge Mangels an Eiweißfutter nicht erreicht werden, da ihnen gering gewichtige Schlachttiere günstiger auf die Fleischarten angerechnet werden. Die Aufsichtsbehörden haben darüber zu wachen, daß nicht etwa Tiere zur Hauschlachtung mit verbotenen Futtermitteln gemästet werden. Sie sind hierbei auch auf Grund der Bundesratsverordnung vom 27. März 1916 ermächtigt worden, in Fällen, wo die Viehbestände, einschließlich des Kleinviehs im offenkundigen Mangelverhältnis zu den verfügbaren Futtermitteln stehen, die Abschaffung eines entsprechenden Teiles des Viehs in die Wege zu leiten. Hinsichtlich der Gänse ist hierbei wichtig, daß die Verordnung vom 3. Juli 1917 eine gewerksmäßige Maß zum Wiederverkauf überhaupt nur bis 25. November zuläßt, sodas die Abnahme der Gänse vor diesem Termin nötig ist.

Ein schwerer Südweststurm toste seit Sonnabend über unserer Gegend, stärkste die kalten Reste der Bäume, ritz an den Dächern und Giebeln der Häuser und heulte, als wollte er dem allgemeinen Empfinden über den gegenwärtig herrschenden Jammer der Menschheit elementaren Ausdruck geben. In der Nacht zum Sonntag wütete der Sturm am stärksten. Auch Sonntag nachmittag erreichte er eine große Heftigkeit. Er war mittlerweile nach Norden umgesprungen. Größere Sturmschäden sind hier nicht bekannt geworden, wenn auch manche Ziegel vom Dach und mancher Ast von seiner luftigen Höhe zur Erde befördert wurde. Sehr häufig waren Regenschauer die Begleitererscheinung des Sturmes. Heute morgen glückte der in der Nacht zum Montag gefallene erste Schnee dieses Winters in hellem Sonnenlicht.

Aus der Umgegend wird gleichfalls über sehr kühnliches Wetter berichtet. In Hamburg hatte der Sturm, im Gegensatz zu Südbed, reiches Hochwasser zur Folge. In den niedrig gelegenen Stadtteilen haben manche Keller durch Drängwasser zu leiden gehabt. Vor Hederichs Mühle in Altona brach der Sturm eine mit 1500 Sad Graupen beladene Säute zum Sinken. Der talwärts gehende Dampfer „v. Schill“ ist bei Hollernsleben auf ein Stad getrieben worden, wo er jetzt hoch und trocken sitzt, ebenso ein dem Eftedampfer „Bauat Rollen“, der bei Cronz an seinem Liegeplatz auf den Strand geraten ist. Bei dem Sturm sind in Altona, soweit bekannt, drei Menschen verletzt worden. In der Karl-Theodor-Straße 18 stürzte der Elektro-

schneider Jenz aus der Humboldtstraße vom Dach und erlitt innere Verletzungen. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden, ebenso der Lademeister a. D. Rix aus Langenfelde, der am Linaapark unter eine umgestürzte Planke zu liegen kam und einen Unterleibsverbruch erlitt. In der Fischerstraße wurde ein Mann namens Haad aus der Bellealliancestraße in Hamburg gegen ein Haus geschleudert. Diesen schafften die Samariter der Feuerwehr in seine Wohnung.

Uebereinkunft von Sauertraut. Mit Zustimmung des Bevollmächtigten des Reichstanzlers wird die Kriegsgesellschaft für Sauertraut künftig den Kommunalverbänden, Gemeinden und Großverbraucher (Fabrikbetrieben, Mittelstands- und Volkswirtschaft, Heilanstalten und ähnlichen Einrichtungen) von dem Sauertraut, das sie in eigenen Betrieben oder durch fremde Einlagerer im Wertlohn aus Weiztrot oder Rübren einheimen lassen, für die Zeit vom 1. Januar 1918 ab auf Antrag einen Bruchteil bis zu 50 Prozent zur freien Verfügung überweisen ohne Inrechnung auf den Anteil, der bei den schließlichen Verteilungen des kommenden Winters auf die Bundesstaaten entfallen wird. Die freie Verfügung über die eine Hälfte wird aber nur dann erlaubt werden, wenn die Kommunalverbände, Gemeinden und Großverbraucher sich zur Innehaltung aller bereits bestehenden und noch zu erlassenden Bestimmungen verpflichten. Die nicht freizugebende Hälfte wird in die allgemeinen schließlichen Verteilungen einbezogen werden. Hierdurch wird ein Ausgleich erzielt zwischen dem Erfordernis, das Sauertraut zur Herbeiführung einer gleichmäßigen und gerechten Versorgung der Bevölkerung des gesamten Reichs, auch in diesem Jahre zu rationieren ist, und dem Umstände, daß die Kommunalverbände, Gemeinden und Großverbraucher zu ihrer freien Verfügung stehendes Frischgemüse dem Frischverbraucher zugunsten der Herstellung von Sauertraut entzogen haben.

Erhöhung der Löhne und Preise im Buch-, Stein- und Lichtdruckgewerbe. Die fortwährende Steigerung der Materialpreise, sowie eine mit dem 26. November 1917 einretende weitere Steigerung der Gehaltelöhne hat die Vertreter der Buchdruck- und verwandten Gewerbe genötigt, eine Erziehung der Preise für Herstellung von Drucksachen eintreten zu lassen. Das Tarifamt der Buchdrucker zu Berlin, die für die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse maßgebliche Körperschaft, hat in einer Bekanntmachung, deren Veröffentlichung auch in der Sonnabend-Nummer erfolgt ist, die Erhöhung auf die Höhe des Deutschen Buchdruck-Preisindex mit 100-140 Proz. berechnet. Die Preise für Papier sind in diese Berechnung nicht eingeschlossen, da diese bekanntlich einer ganz besonderen Schwankung unterworfen sind, und zurzeit 300-500 Proz. über Friedenspreis betragen. Dabei ist noch nicht abzusehen, wie sich die weiteren Preise gestalten werden, da für die Fabrikation sich der Mangel an Rohstoffen, Arbeitskräften und Arbeitsmöglichkeiten immer mehr steigert.

Eine Betriebsstörung gab's am Sonntag morgen auf der Rübbeck-Mecklenburger Strecke. Kurz vor Schönberg waren zwei Wagen eines Güterzuges entgleist. Den Reisenden mit dem Frachzug nach Mecklenburg wurde erst nach einunddreißig Minuten auf dem Hauptbahnhof die Mitteilung: „Entgleiten! Dann ging's bis kurz vor Schönberg. Alle aussteigen! Mit einem Kleinbahnzug wurden die Reisenden nach Schönberg gebracht und nach abemals zweieinhalbigen Warten nahm der Schnellzug die unruhig hin- und herretenden Passagiere zur Weiterfahrt auf. Der Materialschaden bei den entgleisten Wagen ist gering.

Ausweis für Eisenbahn-Reisen. Bekanntlich landen auf sämtlichen Eisenbahnen zum Schutze unserer militärischen Maßnahmen und anderer gesamt Wirtschaftens, sowie zur Bekämpfung der ordnungswidrigen Agententätigkeit, Eisenbahnüberwachungsbeamten durch Militärpersonen in Zivil statt. Diese Eisenbahnüberwachungsbeamten, die die Rechte und Pflichten von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft haben, sind mit Ausnahme derjenigen, die sie vorzeitig, Jede Militär- und Zivilperson ist verpflichtet, den Eisenbahnbeamten gegenüber, falls er sie darum ersucht, sich auszuweisen. Militärpersonen weisen sich durch ihre Militärpapiere aus, neutrale oder schwebliche Ausländer durch ihren Paß mit polizeilicher Meldung zur Reise, den sie nach den bestehenden Vorschriften mit sich zu führen haben. Für deutsche Zivilpersonen empfiehlt sich dringend, einen polizeilichen oder sonstigen behördlichen Ausweis mit Angabe der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes und des Alters, umfaßt auch mit abgesehenem Lichtbild, auf jeder Reise bei sich zu führen. Sie legen sich sonst, falls bei der Kontrolle Zweifel über ihre Persönlichkeit entstehen, der Gefahr aus, von den Eisenbahnüberwachungsbeamten vorläufig festgenommen und von der Eisenbahnfahrt so lange ausgeschlossen zu werden, als die Persönlichkeit einwandfrei festgestellt ist. Dem reisenden Publikum wird daher im eigenen Interesse empfohlen, sich Ausweise für seine Reise zu beschaffen.

Stadttheater. Aus der Theateranklei schreibt man: Unter betelnder Operettenbuffo Eduard Nidel, der mehrere Wochen lang an einem laueren Brandstallkarrich litt, ist nunmehr wieder völlig hergestellt und wird Dienstag in der „Schönen Salathe“ und Mittwoch in der „Gardasürstin“ auftreten. — Die dritte Auführung für die Schaupielergemeinde „Das nürnbergisch Ei“ findet am Freitag statt.

Die Grenzsperrung von Kriegsgefangenen auf Frankreich. Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Zwischen Frankreich und der Schweiz besteht zurzeit auf militärischen Gründen eine Grenzsperrung. Infolgedessen verweigert sich die Einfuhr der Briefe der Kriegsgefangenen und jüdischen internierten Deutschen in Frankreich an ihre Angehörigen. Grund zur Beurlaubung liegt also zu dem Ausbleiben der Nachrichten nicht vor. Die Grenzsperrung dürfte in Kürze wieder aufgehoben werden.

„Praktische“ Küchenwinke. Die Rezept-Schriftsteller sind immer noch bemüht, den geplanten Diktaturen vor Augen zu führen, was man jetzt in der Kriegszeit essen können müssen. So wird in dem Organ eines Arbeiterinnen-Vereins ein Vudbing empfohlen, zu dem man neben der kaum noch auszubehenden Gelatine die Schalen und den Saft von zwei Zitronen, einen Esslöffel bekanntlich verbotenen Öl, gebraucht. Es wäre wünschenswert, daß sich die eifrigen Ratgeber vor Veröffentlichung der Rezepte von dem Wohlstande der dazu erforderlichen Rohstoffe überzeugen und schon aus Rücksicht auf den Papiermangel die jetzt unausführbaren Ratsschlüsse für die Friedenszeit aufsparten.

pb. Jugendliche Einbrecher. In der Nacht zum 24. ds. Mts. wurde ein an der Hollenstraße liegendes Geschäft von Einbrechern heimlich gesücht. Einer der Täter hatte versucht, sich mittels eines Taues in den Keller hinabzulassen. Er kam dabei aber zu Fall, zerbrach ein Fenster eines Raubschlusses und zog durch den entstandenen Lärm die Aufmerksamkeit auf sich. Der Täter konnte in dem Keller aufgefunden und festgenommen werden. Es war dieses ein in der Dornestraße wohnhafter Maschinenbauerlehrling. Durch eine bei den Eltern des Festgenommenen vorgenommenen Wohnungsdurchsuchung wurden verbotene Sachen vorgefunden, die von einigen in letzter Zeit vor dem Holstentor ausgeführten Einbruchdiebstählen herrührten. Der Festgenommene gab denn auch zu, zusammen mit noch einem Schiffsbauerlehrling aus der Dornestraße und einem in der Emilienstraße wohnhaften Schloßlerlehrling in letzter Zeit 11 Einbruchdiebstähle ausgeführt zu haben, wobei ihnen Lebensmittel aller Art, Getränke, Schreckswaren, Schmuckstücke, Kleidungsstücke und Zigaretten in die Hände gefallen waren. Die Mitäter des Festgenommene, noch jugendliche Burtschen, konnten ebenfalls ermittelt und festgenommen werden.

pb. Eine Kupferplatte entwendet. Ermittelt und festgenommen wurde ein an der Oberstraße wohnhafter Arbeiter und ein in der Kogdienstraße wohnhafter Arbeiter, die gemeinschaftlich eine Kupferplatte im Gewichte von 270 Pfund auf einer hiesigen Schmelzwerk gestohlen hatten und zu verlaufen suchten.

pb. Taschendiebin. Ermittelt und festgenommen wurde eine in Kienfeld wohnhafte Ehefrau, die in der hiesigen Hauptstraße

Die Feuerwehr von fünf verschiedenen Meldestellen anrückte, brannten bereits die beiden oberen Böden des alten Backhauses, die viel Packmaterial, besonders Papierrollen für Zigarren und Tabak enthielten. Die Feuerlöschzüge von vier Wachen und zwei Spritzenpumpen gaben an achtzehn Rohren Wasser, und erreichten es, daß nach zwei Stunden das Feuer in ihrer Gewalt war. In den unteren Räumen des Backhauses lagern erhebliche Vorräte an fertigerpacktem Tabak und Zigarren, die als Lebensgaben für das Feld bestimmt waren und nun durch Wasser stark beschädigt worden sind. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Stade. 22 Schafe von Hunden zerrissen. In der Nacht zum Sonnabend wurden in der Feldmark Neuland bei Himmelshofen 22 Schafe von wildernden Hunden zerrissen und getötet.

Murik. Eine schwere Bluttat wurde in Moorborn (Kreis Aurich) verübt. Der 17-jährige Schulknabe Simke Franzen warf auf der Straße Leuchtstäbchen hoch. Als eins der Stäbchen vor die Füße des 17-jährigen Knaben fiel, zog dieser im Jähzorn das Messer und stieß es dem Knaben in die Brust. Der Strich traf das Herz, so daß der Tod bald darauf eintrat. Der Täter wurde verhaftet.

Schwartzau. Vom „Aufstieg der Begabten“. Frau Martha Boh-Zick, einst eine Vorkämpferin liberaler Ideen, ist jetzt zum dritten Vorsitzenden der sogenannten Vaterlandspartei für Schleswig-Holstein ernannt worden. Sie scheint jetzt an die Stelle gerückt zu sein, die ihrer Begabung und ihren gegenwärtigen Anschauungen am meisten entspricht. In Oldenburg behauptet die Fortschrittliche Volkspartei: „Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei sich von jeder Unterstützung der Deutschen Vaterlandspartei fernhalten, weil das Auftreten der Partei die innere Geschlossenheit gefährdet und ihr Ziel insbesondere darauf gerichtet ist, die Durchführung innerpolitischer Reformen während des Krieges zu verzögern. Dagegen steht die Verklammerung auf dem Standpunkte, daß, je länger der Krieg mit seinen ungeheuren Opfern für das Volk dauert, um so rascher die notwendigen innerpolitischen Reformen verwirklicht werden müssen. Insbesondere ist das Reichstagswahlrecht in allen Bundesstaaten sofort durchzuführen und das planmäßige Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung nachdrücklich zu fördern.“ — Bekanntlich gehört auch Schwartzau zu Oldenburg.

Hamburg. Senator Resardt ist Freitag im Alter von 74 Jahren gestorben. — Der Haushaltsplan Hamburgs für 1918 ist in seinen Einnahmen auf 197.902.051 Mk. und in den Ausgaben auf 241.804.567 Mk. veranschlagt, woraus sich ein Fehlbetrag von 43.902.516 Mk. ergibt. Im Jahre 1916 war der Fehlbetrag 118.100.051 Mk., im Jahre 1917 wird ein solcher von 112.418.713 Mk. sich ergeben. In beiden Jahren waren die Fehlbeträge viel höher als je gekürzt worden sind. Die höheren Fehlbeträge der letzten Jahre und des laufenden Jahres sind auf schwebende Anleihen genommen worden. Diese eingebrachten Anleihen beliefen sich Ende 1916 auf nicht weniger als 411.929.818 Mk. Inzwischen sind die bedeutenden Restbewilligungen des laufenden Jahres, darunter allein 140 Millionen Mark an außerordentlichen Kriegsausgaben, weiter stark zugenommen. Das ergibt sich schon daraus, daß in den Staatshaushaltsplan für 1918 für die Verzinsung der seitwärtigen Anleihen ein Betrag von nicht weniger als 29 Millionen Mark eingezeichnet worden ist, gegenüber 17 Millionen Mark im Haushaltsplan für 1917. Nach dem Kriege wird es nicht leicht werden, das erforderliche Gleichgewicht im hamburgischen Staatshaushalt wieder herzustellen.

Gärtnische. Raubmord. Der Verwalter des Gutes Sophienhof, R a b o w, ist Sonnabend ermordet aufgefunden worden. Seine Leiche lag an der Landstraße in der Nähe des Gutes. Anstehend liegt ein Raubmord vor, denn der Verwalter hatte den Lohn für die Gutsarbeiter geholt.

Näffingen. Ein Raubmord ist hier begangen worden. Freitag morgen 5 Uhr wurde die 65 Jahre alte Ehefrau des Kesselmachers Schelper, wohnhaft Heusenstadesstraße Nr. 25, in ihrem Bett mit einem Beil erschlagen. Die Leiche des Ehepaars, die in einer Kammer im oberen Stockwerk des kleinen Verfahrershauses schlief und bereits in der Nacht verdrängte Verkaufsgeld hatte, wurde, wie die Wilt. Ztg. schreibt, gegen 5 Uhr durch die Auler: „Geld her! Geld her!“ geweckt. Als sie darauf nach unten stieg, sah sie einen Mann aus dem Fenster der ersten Etage hereinströmen und fand, die Decke vom Bett der Mutter zurückschlagend, diese blutüberströmt vor. Mordverdacht handelte es sich um einen Raubmord, da einigen Leuten bekannt war, daß das Ehepaar eine größere Summe Geld im Hause hatte und Frau Sch. sie nachts unter dem Kopfkissen aufbewahren pflegte. Der Ehefrau der Ermordeten befand sich zur Zeit der Tat im Dienst.

Bremen. Großknecht brach Donnerstag abend 10 Uhr in dem Backhaus von C. F. Roggenberg auf dem Teerhof aus. Als

die Feuerwehr von fünf verschiedenen Meldestellen anrückte, brannten bereits die beiden oberen Böden des alten Backhauses, die viel Packmaterial, besonders Papierrollen für Zigarren und Tabak enthielten. Die Feuerlöschzüge von vier Wachen und zwei Spritzenpumpen gaben an achtzehn Rohren Wasser, und erreichten es, daß nach zwei Stunden das Feuer in ihrer Gewalt war. In den unteren Räumen des Backhauses lagern erhebliche Vorräte an fertigerpacktem Tabak und Zigarren, die als Lebensgaben für das Feld bestimmt waren und nun durch Wasser stark beschädigt worden sind. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Stade. 22 Schafe von Hunden zerrissen. In der Nacht zum Sonnabend wurden in der Feldmark Neuland bei Himmelshofen 22 Schafe von wildernden Hunden zerrissen und getötet.

Murik. Eine schwere Bluttat wurde in Moorborn (Kreis Aurich) verübt. Der 17-jährige Schulknabe Simke Franzen warf auf der Straße Leuchtstäbchen hoch. Als eins der Stäbchen vor die Füße des 17-jährigen Knaben fiel, zog dieser im Jähzorn das Messer und stieß es dem Knaben in die Brust. Der Strich traf das Herz, so daß der Tod bald darauf eintrat. Der Täter wurde verhaftet.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Die Hugenotten“, große Oper in vier Akten von Meyerbeer. Von Meyerbeers großen Opern ist dies die beste. Ihre Vorzüge sind auch derjenige anerkannt, der sonst die Epoche der großen Opern nicht für besonders rühmlich in der Entwicklung der Musik erachtet, weil darin zu stark auf äußerliche Wirkungen spekuliert wird. Die „Hugenotten“ sind melodisch außerordentlich reich ausgestattet und orchestral sehr wirkungsvoll. In dieser Musik regt sich gelegentlich auch schon dramatische Kraft und gibt ihr echtes, warmströmendes Leben. Wer den vierten Akt mit seinen gewaltigen ungemein eindrucksvollen Massen Szenen und dem wunderrollen Duett zwischen Raoul und Valentin: schreien konnte, der war ein Rönner, wie sie heute leider ausgestorben sind. Wenn man demnach wohl damit einverstanden sein könnte, daß die „Hugenotten“ wieder bei uns auf dem Spielplan erscheinen, so muß natürlich die Voraussetzung sein, daß die dafür nötigen Kräfte vorhanden sind. Die gestrige Aufführung zeigte aber, daß das leider nicht der Fall ist. Dem Raoul des Herrn Hofer mangelte, trotz glänzender hoher Töne, die hier unbedingt notwendige feinere stimmliche Kultur; im Spiel namentlich im dritten und vierten Akt die rechte innerliche Anteilnahme. So blieb und ließ er sich. Auch der Marcell des Herrn Schwarz war nicht gerade imponierend; ihm fehlte vor allem das honore Organ. Für den janatitischen Saint Bris fehlte Herrn Raoul die ihm gebührende mitreißende Ausdruck. Von den Damen hat Fräul. Im me um Nachsicht; eine Indisposition hinderte sie an der Entfaltung ihrer stimmlichen Kräfte, aber sonst entledigte sie sich als Königin recht geschickt ihrer schwierigen Aufgabe. Lob verdient gleichfalls Fräul. Malinowski, die gewandt und anmutig den Vagen Urban gab. Die Valentine der Frau Ludewigs-Korte blieb blutleer und ohne innere Leidenschaft. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch anerkennend erwähnt, die Herren M o s s i als Nevers und T a r n o f f als Bois Roche und Colfe. Die männlichen Chöre waren zu schwach für ihre wichtige Aufgabe. Man hätte getrost die Oper, die eigentlich fünfaktig ist, zusammengestrichen und vier Akte daraus gemacht, und zwar was das Gehehen in der Art, wie man dem Hunde den Schwanz abhackt. Der ganze fünfte Akt, der früher schon gestrichelt wurde, blieb einfach ganz weg. Dafür wurde Valentin bereits im vierten Aufzuge erschossen und Raoul hat merkwürdigerweise gleich nach ihrem Tode, daß Gott ihr teures Leben schenken möge, wofür ihn denn auch mehrere Kugeln sofort niederstreckten. Was aus Nevers, Marcell und den anderen wird, ersieht man nicht. Daß dieser Schluß eine Verbesserung wäre, ist nicht unsere Meinung, auch wenn man hier nur anderen Vorbildern folgt. Auch andere Striche im ersten und zweiten Akte, erscheinen wenig begründbar. Die Regie hatte ganz hübsche Bühnenbilder geschaffen, aber bei der unzureichenden Statistiker unterstützten manche Maßnahmen nicht einer unzulässig-komischen Nebenwirkung. So blieb die ganze Vorstellung herzlich blaß und eindrucklos. „Das Unglückliche, hier wird's Ereignis!“ P. L.

wh. Im Hanse-Theater wurde am Sonnabend Schönheers packendes Drama „Der Weibsteufel“, das da droben in der Heimat des Dichters, den Tiroser Bergen, inwiefern, wo die Pöcher nächstens ihre Schmuggelrouten über die Grenze schleichen, sehr naturwahr wiedergegeben. Ein solches Stück Leben wirkt noch lange nach, wenn es mit so fester Hand gezeichnet wird wie durch die Mitglieder des Hamburger Deutschen Schauspielhauses Julia Serda, Max Montor und Hans Pechler. Julia Serda gab der im Sinnenbrand aufglühenden Frau fesselnde

häuerrige Schönheit und vor allem das einmal gewakte, dann jede Schranke zerbrechende Verlangen nach dem Mann. In ihrem Wesen wurde der Weibsteufel lebendig, der den verdrißt, welcher ihm nahe kommt. Und doch wurde eine feine Ammutlinie beibehalten. Und Hans P e c h l e r war das echte „Saugflammenmanderl“, wie er spöttlich genannt wird. Wie dieses schlaue Bäuerlein stolz auf sein schönes Weib ist, wie er häßlich und dürrig dagegen abfällt, wie er sein Geld zählt und sich an seinem Witz freut und wie im Moment der Verzweiflung — wenn das, was er angezettelt, sich gegen ihn selbst kehrt, das Weib ihm entgleitet, — eine ganz fassungslose Zerrissenheit über ihn kommt, das war eine schauspielerische Leistung, die nur ein ganzer Künstler fertig bringt. Und Herr M o n t o r stellte einen kraftstrotzenden Grenzjägers auf die Bühne, der ein wirklicher Gewalttät war. Wie aus dem Spiel des jungen Grenzers mit dem hübschen drallen Weib bei allem Spaß sich der Ernst heraushebt und wie Blut sich an Blut entzündet und wie der Betrogene sich verloren sieht und wie im Moment des Zuschlagens die Bäuerin über dem Manneskopf steht, das wird nicht so leicht vergessen. — Und das zahlreiche erlesene Publikum war dankbar. Viele Male mußte sich der Vorhang heben und senken. Und selbst durch die Türen des „eisernen“ mußten sich die Künstler noch zeigen.

Am Sonntag wurde Sudermanns „Johannisfeuer“ wiederholt. Eins von des Dichters flachsten Stücken. Die gestrige Darstellung war sehr matt. Am besten zeichnete noch Frau K ö n i g n e r die „Mekstanne“. Herr F i s c h e r - A c h t e n blieb als Begleitender in den richtigen Grenzen. Auch Herr A h r e n s bot als Georg eine gute Leistung. Frä. N i e d e l hätte etwas mehr Kraft in das Heimchen legen sollen. Die Trude muß sich lieber, netter und himmlischer geben. Trokdem mag Frä. K ö n i g noch passieren. Erwähnung verdiente noch Herr A b t als Hilfsprediger Haffke. Wenn ein Teil des Publikums ernste Situationen lächerlich ausnimmt, so dürfen unter keinen Umständen die Darsteller noch dazu behilflich sein. Das verlegt wieder die anderen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. November. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 12 000 Brutto-Registertonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein bewaffneter Dampfer von 6000 Tonnen. Der Chef des Admiraltätsstabes der Marine.

Berlin, 26. November. Die Berliner Presse beschäftigte sich heute ausschließlich, soweit dies bisher möglich ist, mit den preussischen Verfassungsvorlagen.

Im „Berliner Tagebl.“ heißt es: Kann man die Wahlrechtsvorlage, — alles in allem wenigstens —, mit einem weiteren Auge ansehen, so muß die von der Regierung vorgeschlagene Reform des Herrenhauses aufs äußerste enttäuschen. Das Blatt fordert schließlich einen Zusammenschluß der reformfreundlichen Parteien auf Grund eines bestimmten Programms.

Der „Berl. Total-Anz.“ erkennt die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts an, schreibt aber, die Vorlagen, die nunmehr dem Landtage zugegangen sind, werden indessen nicht befriedigen, sondern sie bringen schwere innere Kämpfe, die heute oder morgen ausgefochten werden.

Der „Bormärks“, der mancherlei an der Wahlvorlage auszuweisen hat, schreibt: Unser Zeitgedanke wird sein, wirklichen Fortschritten den Weg zu ebnen, Rückschritte mit aller Kraft zu bekämpfen, sozial Verbesserungen sind möglichst herauszuholen und alles einzusehen, um den größten deutschen Bundesstaat zu demokratisieren.

Die „Tägl. Rundschau“ bewillkommnet die Vorlagen mit großem Optimismus.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Raubargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Kömigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Th. Schwanne Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Arted. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Vollsboten“

bitten wir nicht wegzuerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 26. November bis 2. Dezember 1917 können auf die Fleischkarten 125 gr. frisches Fleisch und 125 gr. Dosenfleisch, letzteres zum Breite von Wkt. 2.50 für das Pfund, entnommen werden. Vom 28. November 1917 ab darf nur noch Grünschnitt ohne Fleischkarten abgegeben und entnommen werden. Sämtliche übrigen Fleischkarten fallen unter den Fleischkartenzwang. Lübeck, den 23. November 1917. (374)

Das Polizeiamt.

Zu kaufen gesucht eine (3752) guterhalt. Flurgarderobe. Anna m. Br. unt. N B an d. Ger. Zu kaufen gesucht (3747) Hausstandsstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis. Karl Kleinfeld, Wallenbüttel 25. Telefon 2450.

Hansa-Theater. Montag, den 26. November, abends 7 Uhr: (3745) Der Stabstrompeter. Letzte Aufführung.

Stadttheater. Dienstag, den 27. Novbr. 1917, Anfang 7 Uhr: Tanzabend von Hannelore Ziegler vom Großherzoglichen Hof- und Nationaltheater, Mannheim. Dazu: Die schöne Galathee. Operette von Fr. v. Suppé. Mittwoch, den 28. Nov. 1917, Anfang 7 Uhr: Die Csardasfürstin. Operette von Kalman.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (3746) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Bräuerstr. 71.

Heines Werke 3 Bände 6.— Mk. Verlag Fr. Meyer & Co. Johannistr. 46.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig hält vorrätig Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannistr. 46.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck. Gemeinschaftliche

Versammlung am Mittwoch, dem 28. November abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. Tagesordnung: 1. Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Bericht vom Gewerkschaftshaus. 4. Innere Verbandsangelegenheiten. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen notwendig. Der Vorstand. 3751 Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Lustige Blätter

Durch wundervolle Bilder und packenden Text das humoristische Leibblatt aller Feldgrauen und Dahimgebliebenen! feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 40 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Deutsch. Holzarbeiterverbd.

Zahlstelle Lübeck. Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 27. November abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. Tages-Ordnung: 1. Die Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen des Verbandes. Referent: Kollege K. Willers. 2. Bericht von der Reichskonferenz über die Vertragsfrage. 3. Kartellberichte. 4. Innere Verbandsangelegenheiten. Die Lokalverwaltung. 3749

Parlamentarismus und Sozialpolitik.

Der am 29. November beginnenden neuen Reichstags- tagung schreibt der bekannte Sozialpolitiker Prof. Ernst Franke in der „Sozialen Praxis“ ein beachtenswertes Ge- leitwort. Man hat in bürgerlichen Kreisen viel davon ge- sprochen, daß durch die vorgenommene Parlamentarisierung ein einmütiges Zusammenwirken zwischen Reichstag und Regierung erreicht werden solle, daß eine Art neuer Burg- friede geschlossen sei. Sollte das mehr als ein Schlagwort sein, so müßte die Parlamentarisierung mit einem klaren, festen Inhalt erfüllt werden und ihre Lebenskraft und Le- bensberechtigung in Taten erweisen.

Dazu genügt es nach Franke nicht, daß der Reichstag „zum Frieden bereit, zum Kampfe entschlossen“ abermals einseitig neue Kriegskredite bewillige. Das sei eine Selbst- verständlichkeit, über die auch nur das leiseste Wort zu ver- fassen schade sei. Ganz anders stehe es mit der neuen Ein- sicht, daß die Neuordnung Deutschlands jetzt erfolgen müsse, nicht bis nach dem Kriege hinausgeschoben werden könne. Tatsächlich sei das neue Deutschland schon am 4. August 1914 geboren worden und wolle leben, könne mit seinen Lebens- ansprüchen nicht auf den unbestimmten Friedenstag vertrö- stet werden. Unsere Ernährungspolitik, unsere ganze zwangs- läufige Kriegswirtschaft lasse sich nicht einfach aus dem Vorkriegsleben wieder wegweisen. In der Sozialpolitik habe die Kriegszeit schon jetzt tiefe Spuren hinterlassen. Man denke an die Betriebsauschüsse und Schlichtungsinstanzen, das Nachtbadverbot, den Ausbau des Arbeitsnachweises, die Wohnhilfe, die Herabsetzung der Altersgrenze für die Al- tersrente, die Mindestlöhne in der Heimarbeit und vor allem die Anerkennung der Gewerkschaften und Angestellten- verbände als vollbürtige Glieder unseres Staatsorganismus, ihre Heranziehung auf allen Gebieten der Kriegshilfe, ihre Befreiung von den Fesseln der politischen Vereine, die Be- rufung einiger Führer zu Ämtern und Würden.

So wurde durch die Not der Umstände selbst der prakti- sche Anfang der politischen Gleichberechtigung erzwungen, welche die Arbeiter fordern. Diese gesellschaftlichen er- kannte die Regierung jeweils immer besser als unaufschieb- bare Gegenwartsforderung an. Bethmann-Hollweg kündigte das gleiche Wahlrecht für Preußen an, aber zu spät, um es selbst noch durchzuführen. Dr. Michaelis entwarf ein ein- gehendes sozialpolitisches Reformprogramm, aber zu spät, um darauf gestützt, sich eine feste Position zu schaffen. Die neue Regierung hat die sofortige rasche und entschlossene Durch- führung der preussischen Wahlreform sowie die Neugestalt- ung des Koalitionsrechts und die Errichtung von Arbeits- kamern, alles Akte der Gerechtigkeit ebenso wie der Staats- notwendigkeit, ausdrücklich in ihr Programm aufgenommen. Sie will dieses alte Unrecht wieder gut machen, will Prin- zipien aus dem Wege räumen, deren Sinnlosigkeit und Schädlichkeit im Flammenlicht des Weltkrieges in heller Klarheit ersahen. „Das Volk der Waffen und das Volk der Arbeit, das blüht und leidet, dessen Treue und Kraft zum Siege führen, darf nicht minderen Rechts sein“, sagt Franke mit Einsicht, Ernst und Nachdruck. Den unfruchtbaren Boden der Versprechungen und Verfröhlungen müsse man aber auf der ganzen Linie verlassen. So fordert er, und entschlossen an die soziale Arbeit als Kulturpolitik herantreten. Dann werde eine kraftvolle Geschlossenheit geschaffen und jede Ge- fahr des Zusammenbruchs endgültig überwunden.

Wohnungsreform, Seuchenbekämpfung, Kinderfürsorge und Arbeiterchutz seien für den Wiederaufbau un- seres Staats- und Kulturlebens, für die Neubelebung und Kräf- tigung unseres wunden und verstümmelten Volkskörpers dringend geboten. Ohne Ausweitung des Arbeitsnach- weises, Erwerbslosenfürsorge, Kredithilfe, Förderung des Einigungswesens zur Vermeidung von Arbeitskämpfen, des- sende Lohnpolitik, Förderung der Tarifverträge und Ar- beitsgemeinschaften könne man Deutschlands Wirtschaft nicht wieder aufbauen; deshalb könne keine dieser Reformen

auf die Friedenszeit verschoben werden. Jetzt müßten die Bausteine behauen und gesetzt werden, die das Fundament des neuen deutschen Hauses tragen sollen. Das sei der ein- zig wirksame Weg, um „die Stimmung im Volke zu heben“. Erhalte die Parlamentarisierung diesen Inhalt, dann werde das deutsche Volk sie freudig begrüßen.

In einer Nebenbemerkung deutet Franke an, daß diese Erwägungen den Bund für Freiheit und Vaterland ins Leben gerufen hätten. Nur ein Volk, das in der lebendigen Ueberzeugung lebt, selbst Träger von Staat und Kultur zu sein, könne die schweren Kriegslasten tragen und im Ver- trauen auf bessere Zeiten willig und emsig mit Hand anlegen, die gegenwärtige Not zu überwinden. Es ist nur eine Seite des Problems, die Franke eingehend erörtert. Die Sozialpolitik kann sich nur aufbauen auf dem Fundament einer geordneten Wirtschaft, und diese wiederum ist nach dem Kriege nur möglich, wenn das Renteneinkommen durch Gewaltmaßnahmen so stark wie möglich beschränkt und in der Industrie gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte zur Gel- tung gebracht werden. Neben die Sozialpolitik muß die staatssozialistische Ordnung der Produktion treten. Und beide müßten zu unerträglicher Bürokratisierung aus- arten, wenn nicht die demokratische Mitwirkung der Inter- essenten im weitesten Umfange gesichert würde. Aber wenn auch der Franke'sche Artikel noch ergänzt werden muß, so ist er doch wertvoll durch die kräftige Betonung der unabwei- slichen Notwendigkeit, jetzt zu handeln und nicht länger zu säumen und zu zögern. Daß diese Einsicht den Reichstag in seiner neuen Tagung beherrschen möge, ist allerdings dringend zu wünschen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Reichsamt für Sozialpolitik.

Anlässlich des Rücktritts Dr. Schwanders ist der alte Wunsch, eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern her- beizuführen, neu aufgelebt, und man hofft, jetzt die Tren- nung der sozialen Angelegenheiten vom Reichswirtschafts- amt durchzuführen zu können.

Diese Dreiteilung würde ohne Zweifel ein großer Fort- schritt sein und im Reich den nachhaltigsten Eindruck er- wecken.

Die Schwander'sche Politik ist für sich eine Gefahr heraufziehen. Ihre Blätter fahren daher bereits schwere Geschütze auf. Zunächst wird der Man dadurch ver- dächtigt, daß gesagt wird, die Sozialdemokratie arbeite mit aller Macht dahin, die Leitung der sozialen Abteilung in ihre Hände zu bekommen. Die alldeutschen „Berl. Neue- nachr.“ erklären: „Nicht ohne Grund ist die sozialpolitische Abteilung dem Reichswirtschaftsamt angegliedert worden. Weil unsere Sozialpolitik notwendig nur dann in gesunden Bahnen fortgeführt werden kann, wenn sie mit der Wirt- schaftspolitik und auf ihr fußend weitergeführt wird.“

Die Zeit muß nunmehr vorüber sein, da die Sozial- politik der Gnade oder Ungnade der Industriellen ausge- liefert war. Nicht kapitalistische, sondern Gründe der Hu- manität müssen hier ausschlaggebend sein. Daher muß auch die Sozialpolitik im Reich unabhängig sein und frei ge- macht werden von hemmenden Einflüssen.

Sozialdemokratie und Christentum.

Aus dem Brief, den ein gläubiger Trierer Katholik an den „Vorwärts“ richtet, heben wir folgende Zeilen hervor: „Nun hat der Krieg wenigstens nach einer Seite hin etwas Gutes geschaffen, er hat nämlich auch vielen gläubigen Ka- tholiken die Augen darüber geöffnet, wo in Wirklichkeit die schlimmsten Feinde des Christentums zu finden sind. Wäh- rend nämlich die angeblich religionsfeindliche Sozialdemo- kratie in Uebereinstimmung mit der Papstnote für einen

Verständigungsfrieden arbeitet, erlebt man das traurige Schauspiel, daß hervorragende katholische Blätter, wie die „Königliche Volkszeitung“, und viele katholische Geis- liche in der jamosen „Vaterlandspartei“ für Annetionen eintreten und dem Verständigungsfrieden ent- gegenarbeiten. Kein Wunder, daß sich nunmehr auch viele Katholiken der Sozialdemokratie zuwenden, als der Partei, die durch ihre Arbeit für den Frieden die hehren Ideale des Christentums in die Tat umsetzt.“

China.

Ein gefährdetes Amt. Wangtjeh ist zum zeitweiligen Ministerpräsidenten ernannt worden. Der Präsident findet niemand, der angesichts der unsicheren Lage den Posten für die Dauer annehmen will.

Roheisenmangel in den Entente-Ländern.

Ueber die Knappheit von Roheisen und Stahl in den Entente- Ländern sind in jüngerer Zeit ziemlich deutliche Angaben durch- gegeben. So z. B. in den Berichten des Londoner Korresponden- ten des „N. R. C.“ aus den englischen Kriegsindustriellen. Es dürfte jedoch besonders interessieren, was ein großes englisches Fachblatt „The Iron & Coal Trades Review“ über die Sachlage zu sagen hat oder doch sagen darf. Das Niederländische Fach- blatt „De IJzer en Staalmarkt“ entnimmt dem englischen Ar- tikel größere Abschnitte, in denen die Ursachen dieses Mangels, besonders in England, Frankreich und Italien, näher untersucht werden. Wir geben hier die markantesten Stellen wieder:

„In England ist der Mangel so ernstlich fühlbar geworden, daß die Regierung sich genötigt sah, Vorbereitungen zur vermeh- rten Erzeugung britischen Roheisens zu treffen. Die Vorschläge der Regierung sind bereits den Fabrikanten zur Begutachtung unter- breitet worden. Die Maßregel wird die Umwandlung einer großen Anzahl Flammöfen in haßliche Defen erfordern. Da dieser Umbau aber geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, wandle man sich an die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas um Hülfs- hülfe. Dabei stellte sich jedoch heraus, daß diese nicht viel besser dran sind. Dort sind zwar sehr viel neue Stahlöfen gebaut worden. Es war aber den Hochöfenanlagen nicht möglich, mit der Erzeu- gung von Roheisen gleichen Schritt zu halten. Das wird sich wahrscheinlich in einigen Monaten noch verschlimmern. Die großen Stahlfabriken, wie die „Steel Corporation“, die über eigene Hochöfen verfügen, brauchen deren Gesamtzeugung — wiewohl sie mittels neu erbauter Defen beträchtlich vermehrt ist — selber. Die anderen Werke haben in der Erwartung, daß sie nach wie vor genügend Roheisen bekommen würden, sich an die Vermehrung ihrer Stahlöfen gemacht und müssen nun erfahren, daß die un- abhängigen Werke, die früher ihren Ueberfluß an Roheisen auf den Markt brachten, jetzt als Lieferanten auscheiden. Ueberdies erweisen die vorhandenen Hochöfen sich als unzureichend. Ihr Bau ist obendrein viel zeitrauender als der von Stahlöfen. Und die Hochöfenbau-Unternehmungen erweisen sich als mittlerweile dem mit anderen Aufträgen überlastet, daß der Bau von Hoch- öfen nur sehr langsam vorantritt.“

Auf dem amerikanischen Eisenmarkt liegen deshalb zunächst die Preise für Roheisen sehr hoch. Als bald zogen aber auch die Preise für Stahlprodukte an. Die der letzteren sogar schließlich in viel höherem Grade. Während z. B. bis zum 1. September 1916 der Preis für Roheisen nur um 22 bis 23 Stilling gestiegen war, stieg der für Stahlblech um 120, der für Fertigfabrikate um 125 Stilling in die Höhe. Das ist auf den inzwischen einge- tretenen Roheisenmangel zurückzuführen. Hinzukommt, daß die Walzwerke größere Mengen von Roheisen in Anspruch nehmen, während gleichzeitig die Roheisenerzeugung eingeschränkt werden mußte, weil es infolge der Transport- Schwierig- keiten an Koks fehlte. Der Preis des Roheisens wird dem- zufolge bald dem des Stahls gleichstehen, der fortgesetzt weiter in die Höhe geht.

Für Amerika ist diese Entwicklung der Dinge nach Ansicht des englischen Fachblattes weniger schlimm, weil immerhin die Gesamtzeugung an Stahl größer sein werde, als im vorigen Jahre. Für England hingegen, und besonders für Frankreich und Italien in dieser Zukunft alles andere denn angenehm. Die europäischen Verbraucher können nicht mehr wie früher in Amerika

Die Rheider Burg.

Erzählung von Lewin Schüding.

10. Fortsetzung.

„Ich bin es deshalb, weil dieser Mann hier uns anzukündigen kommt, daß wir den Besuch der Herren zu gemächtig haben. Da sie die Burg oben ganz leer gefunden haben und der alte Claus außerhande ist, ihnen Erfrischungen zu bieten, so wollen sie sich herablassen, den Hammer mit ihrer Gegenwart zu beehren und seine Gastlichkeit in Anspruch zu nehmen.“

Ritterhausen machte große Augen. „Welche Ehre“, sagte er mit einem Lächeln, das doch etwas von geschmeichelter Eitelkeit verriet. „So mußt du eben alles aufbieten, was Küche und Keller vermögen, um die Herrschaften anständig aufzunehmen.“

„Ich denke, sie werden mir so viel Zeit lassen, um für etwas zu sorgen! Hätten sie sich doch früher angemeldet!“

„Eins bitte ich mir aber aus, mein Kind“, fuhr Ritterhausen fort. „Nimm damit an, daß du deine Toilette machst, damit du jedenfalls zur Hand bist, wenn sie kommen. Ich kann sie nicht empfangen, und du darfst nicht fehlen, ihnen die Honneurs zu machen.“

„So werde ich mich also wohl ankleiden und zugleich in Küche und Keller umherzusehen müssen; denn anders wird es nicht gehen“, versetzte Sibylle.

Das junge Mädchen verschwand jetzt durch eine Seitentür; der Jäger, der bisher in der offenen Gartentür stehen geblieben war, wollte ihr folgen, als Ritterhausen ihm winkte.

„Sehen Sie sich, guter Freund“, sagte er, „Sie werden müde sein — verstehen Sie deutsch?“

Der Jäger verstand deutsch.

„So sagen Sie mir, wer ist denn der neue Herr da oben in der Rheider Burg?“

„Der Herr Graf von Epaville.“

„Graf von Epaville — habe nicht die Ehre, das Geschlecht der Grafen von Epaville zu kennen. Woher ist der Mann?“

„Der Herr Graf ist in Belgien daheim.“

„Ein Belgier — so so; und im Dienst?“

„Oberst und Flügeladjutant bei Sr. großherzoglichen Hoheit.“

„Und wie kommt der Herr Oberst und Flügeladjutant zu der Rheider Burg, wenn man fragen darf?“

„Der Herr Oberst sind von der Spielpartie des gnädigsten Herrn“, antwortete lächelnd der Jäger.

„Von der Spielpartie? Das heißt doch nicht, daß er die ganze Burg mit allem Zubehör dem Großherzoge im Spiel abgenommen hat?“

„Ich bin nicht dabei gewesen“, versetzte der Jäger, „aber in der Antichambre erzählt man sich.“

„Alle Teufel!“ fluchte Ritterhausen zwischen den Zähnen. „Nun werden wir in den nächsten Tagen im bergischen Montieur lesen, daß die Domäne Rheider Burg als Nationalbesitzung für irgendwelche treue Dienste zur Dotation des Grafen von Epaville an- gewiesen sei! — Die Pest hole die Wirklichkeit!“

Nachdem Ritterhausen eine Zeitlang seinen patriotischen Ver- druß still verarbeitet hatte, hub er wieder an zu fragen: „Und was für eine Art Mensch ist dieser Herr Graf? Ist er alt oder jung, verheiratet oder nicht?“

„Er ist so ungefähr zwei- bis vierunddreißig Jahre alt und, insofern ich weiß, unverheiratet“, versetzte der Jäger. „Er hat früher in der Marine gedient und ist dadurch zuerst mit dem Herrn Großherzog, der Großadmiral von Frankreich ist, wie Sie wissen werden, in Verbindung gekommen.“

„Also ein Marineoffizier?“

„Eine Zeitlang wenigstens“, antwortete der Jäger; „zu uns ist er nicht als Marineoffizier gekommen. Es ist ein vornehmer Herr, ein Vetter oder Neffe des Herzogs von Anglure im West- sächsischen.“

„Habe nicht die Ehre“, fiel Ritterhausen spöttisch ein. „Und dieser Graf Epaville steht also wohl sehr hoch in Gnaden bei unserer Hoheit?“

„Er macht mit dem Grafen Beugnot und dem Grafen Nessel- rode immer seine Spielpartie.“

„Nun, wir werden den Herrn ja zu sehen bekommen“, versetzte Ritterhausen und bewegte dann die kleine Stelle, welche neben ihm stand. Als ein Dienstmädchen erschien, dessen gerötetem Ge- sichte man anah, wie sehr jult eben ihre Tätigkeit in Anspruch ge- nommen wurde, befohl er, dem grünen Herrn eine Flasche Wein in der Küche aufzutragen, und der Jäger entfernte sich.

Nach einer kurzen Zeit kam Sibylle zurück. Sie hatte ein Kleid von schwerer brauner Seide angezogen, und um sich die Minuten, bis eine neue Frisur gekostet hätte, zu sparen, hatte sie ein klei- nes Spigenmützchen mit gelbem Bande aufgesetzt, was zu ihren schwarzen Zügen außerordentlich gut stand. Sie ordnete nun das Gartenzimmer, befeuchtete ihre großen Bücher, überdeckte den runden Tisch mit schneeweißem Damast und dann befehigte sie ihn mit Ge- schürren, welche damals freilich wenig von dem Werte hatten, den sie in unserer Schänke heute einnehmen. Es waren Teller von ausgereiteter Majolika oder japanischem Porzellan, prächtige, weißglänzende Humpen und Silbergeräte von schönster Renaissance- form.

„Die Herrschaften“, sagte sie dabei zu ihrem Vater, der ihr ruhig zusah, „die Herrschaften werden meinen, sie kommen in einen Trödelladen, wenn sie all das altfranzösische Geschirr sehen. Aber ich kann es ihnen nicht besser vorlesen.“

„Nun, es hat unserer schönen Kurfürstin Anna und dem guten Johann Wilhelm von dem alten Geschirr recht wohlgeschmeckt, wenn sie zu meines Großvaters Zeit in der Rheider Hammer vor- überkamen und bei dem alten Herrn, der in solchen Gnaden bei

ihnen stand, einen Imbiß nahmen — ich meine deshalb, unsere jetzige Landesherrlichkeit wird auch damit zufrieden sein können — sie hat auch nicht immer von Silber und Vermeil geschmeckt!“

Die Seitentür öffnete sich, und das Dienstmädchen und der Jäger erschienen, beladen mit Schüsseln, die gefüllt waren mit allerlei Gegenständen einer kalten Küche; der Jäger half ordnen, und so stand bald ein Imbiß auf dem Tische, dem man nicht ansah, wie sehr er improvisiert war. Sibylle gab der Magd die nötigen Anweisungen für die Herbeiführung dessen, was der Keller an gutem Wein enthielt — es waren immer einige vorzügliche Fla- schen für außerordentliche Fälle in Herrn Ritterhausens Keller — und dann ging sie in den Garten hinaus, um ein paar Blumen- sträuße für die Damen, die auf dem Kaminius standen, zu pflücken.

In dieser Beschäftigung wurde sie jedoch unterbrochen. Sie hatte geglaubt, daß die erwarteten Gäste von der Burg den län- geren Fahrweg herab zu Wagen kommen und vor dem Hause vor- fahren würden. Statt dessen hatten die Herren sich den freilich viel kürzeren Fußweg herunterfahren lassen, auf welchem sie jetzt über den Steg in den Garten gekommen waren. Sibylle hörte plötzlich lebhafte Stimmen in französischer Sprache ganz dicht in ihrer Nähe, und ehe sie sich noch zurückziehen konnte, stand eine breite Männergestalt vor dem Eingang der dunkeln Laube, in welcher sie eben ihre Blumen auf einem alten Steintisch in zwei Büketts zu ordnen beschäftigt war.

Der die breite Männergestalt war, darüber konnte Sibylle sich nicht täuschen. Sie hatte oft genug Porträts dieses Mannes, der jetzt ihr Landesherr war, gesehen. Joachim Murat, Marschall und Großadmiral von Frankreich, war seit einigen Wochen sou- veräner Herzog von Berg.

Sibylle war erschrocken, einmal weil sie so überrascht wurde und dann über das merkwürdige Aussehen der Gestalt, welche vor ihr stand. Das Gesicht Murats streifte sehr nahe an Häßlichkeit. Die dunkeln Augen leuchteten zwar ebenso freundlich wohlwollend wie feurig das junge Mädchen an, aber das Antlitz mit der breiten weißen Nase und dem festtamen fahlen schwarzlichen Teint war weit entfernt, anziehend zu sein; und ganz jettam war nun vollends der Anzug des Großherzogs. Dieser Anzug hatte einen durchaus militärischen Charakter, aber er stand nicht im geringsten im Uebereinstimmung mit irgendeiner reglementmäßigen Uni- form irgendeines französischen oder bergischen Korps. Murat trug einen dunkelblauen Rock von Samt, der mit schweren goldenen Säumen besetzt war; dazu weiße Kaschmirhosen mit breitem goldenen Streifen und feine ungarische Hülarenhosen von rotem Marsouin mit goldenen Sporen. Sein Haupt bedeckte eine rote vieredrige Mütze, in der Form einer Mäntelkappe, an der eine kostbare Diamantgraffe glänzte, welche letztere den hohen Reiter- busch, der von zwei großen weißen Straußfedern umwogt war, festhielt.

(Fortsetzung folgt.)

kaufen, oder sie müssen die amerikanischen Preise noch überbieten. In jedem Falle, so schließt das Blatt, werde es das Beste sein, wenn Amerika sein Rohmaterial in Stahl verarbeitet. Auch deshalb, weil es über mehr Arbeitskräfte verfügt als seine europäischen Verbündeten.

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Gestützt auf § 11 Absatz 2 des Hilfsdienstgesetzes haben die Landeszentralbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse Geschäftsordnungen aufgestellt. Sie schnürten die Bewegungsfreiheit der Ausschüsse so an, daß diese so gut wie vollständig unter die Vormundschaft der Unternehmer geraten. Der Widerspruch aus den Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen war die notwendige Folge und das Unkomme, als der § 11 Abs. 2 des Gesetzes solche Zeugnis der Landeszentralbehörden keineswegs vorliegt. Die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ brachte diesen Streit zum Austrag, indem der 22. Ausschuss des Reichstages im April d. J. sich dieser Aufstellung anschloß und die Befugnis der Landeszentralbehörden über die innere Organisation der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erlassen zu können, klar und bündig verneinte. Nunmehr mußte der Bundesrat zu der Frage Stellung nehmen: er akzeptierte zwar nicht die Befugnis der Reichstagsausschüsse, verneinte aber auch nicht die Befugnis der Landeszentralbehörden beim Erlass von Geschäftsordnungen für Arbeiter- und Angestelltenausschüsse. Über solche „Grundzüge“ wurde in den letzten Sitzungen des 22. Reichstagsausschusses beraten. Sie betrafen im wesentlichen eine Befreiung des heutigen Zustandes. So wird zunächst festgesetzt, daß für die Feststellung, ob überhaupt 50 Arbeiter oder 50 verheiratete Angestellte beschäftigt sind, diese Beschäftigten ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter oder Staatsangehörigkeit, mitzählen. Die Arbeiter- und Angestellten sollen auch für einzelne Betriebsabteilungen errichtet werden dürfen; man denkt dabei an Großbetriebe, deren Abteilungen mehr oder weniger abgegrenzte Teile des Gesamtunternehmens darstellen.

Eine vielörterte Frage ist, ob der Arbeiter- und Angestelltenausschuss seine Aufgaben möglichst selbständig und vom Unternehmer unabhängig erledigen oder sich in beschließenden Sitzungen nur auf Einladung und unter Leitung des Betriebsunternehmers vereinigen kann; das letztere bedeutet die „Grundzüge“ der Reichsregierung. Im Reichstagsauschuss war eine recht starke Neigung für die volle Selbständigkeit der Arbeiter- und Angestellten; sie müßten ihre Sitzungen selbständig einberufen und leiten können und das Recht erhalten, den Betriebsunternehmer dazu zu laden. Inbesonderem im Bereich der Angestelltenausschüsse nur zu oft die Härte der Einseitigkeit der Unternehmer gegen Verhandlungen überhaupt wahrzunehmen. Bei dieser Regelung läge also die hohe Wichtigkeit nahe, daß die Unternehmer den Einladungen der Ausschüsse nicht nachzugeben würden. Damit aber wäre den Angestelltenausschüssen Wert und Bedeutung gewonnen worden. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten wurde deshalb die Erhöhung der Zahl der Betriebsunternehmer oder seines Vertreters als notwendige Ergänzung angeregt. Hierfür schied weder in der Regierung noch bei der Mehrheit des Reichstagsausschusses Genugtuung. Es wurde dann für zweckmäßiger angesehen, dem Unternehmer zwar Einladung und Leitung der Sitzungen zu belassen, aber die Ausschüsse in sich selbst zu konstituieren und ihnen das Recht zu geben, auf Einladung ihres Obmannes zu „Vorberathungen“ zusammenzukommen. Der Zeitpunkt für solche Vorberathungen soll mit der Vorberathung dann zu vereinbaren sein, wenn die Verhandlung der Arbeitszeit stattfindet. Ein Selbstrecht gehört der Gewerkschaft der Grundzüge ist. Vorberathungen sind nicht auf Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern auf Antrag der Ausschüsse zu beschließen. Alle Beschlüsse werden bei ordnungsgemäßer Einladung sämtlicher Mitglieder durch Stimmenmehrheit der Erschienenen gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Nur veräußerte Arbeitszeit werden über Angelegenheiten zum Ausschuss führen dessen Mitglieder Vorberathung nicht gemacht werden. Durch § 13 der Geschäftsordnung vom 10. Januar 1917 ist dem Arbeitgeber unter Androhung von Geld- oder Haftstrafen weiter unterlag, die Arbeiter und Angestellten in der Übernahme und Ausübung der Tätigkeit als Mitglieder eines Arbeiter- und Angestelltenausschusses zu verhindern oder die wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung zu beschuldigen.

Eine weitere Änderung ist die „Grundzüge“ über das Erwidern des Urteils im Arbeiter- und Angestelltenausschuss. Die Bestimmungen der Landeszentralbehörden betreffen zum Teil, daß dazu der Vorstand der Arbeiterzeitung führe. Das war gerade in der Kriegszeit für die Ausschüsse sehr nachteilig, weil ihre Mitglieder abhängig von der Vorstandswahl der Arbeiterzeitung zur Angestelltenorganisation; wobei Gehalt 2000 Mark übersteigt, verlor sein Amt im Arbeiterausschuss. Das ist nunmehr beseitigt; nur aus Ausschüssen aus dem Bereiche oder aus der Betriebsabteilung mit einem besonderen Arbeiter- und Angestelltenausschuss führt das Erwidern der Mitglieder herbei.

Schließlich sollen die Landeszentralbehörden nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet sein, jeder eines Erwiderns anzugehen, wenn ein Betriebsunternehmer seiner Pflicht zur Errichtung der Ausschüsse nicht nachkommt.

Der Reichstagsauschuss hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß er den Reichsminister vorschlagen der Reichsregierung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung folgt, daß die mit seiner Zustimmung aufgestellten „Grundzüge“ von den Landeszentralbehörden selbstständig bearbeitet werden. Er hat sich Handlungsfreiheit vorbehalten, wenn sich diese Behörden zu den „Grundzügen“ anders verhalten als nach der Zustimmung der Reichsregierung zu erwarten ist.

Für Frieden und Freiheit.

In der „Neuen Welt“ in Hagen i. N. fand am Mittwoch (Sahag) eine dem Sozialdemokratischen Parteiverband angeordnete öffentliche Versammlung statt, in der Reichstagsabg. Haberland über das Thema „Sozialdemokratie, Verfassungsgesetze und Parteipolitik“ sprach. Lange vor Beginn des Vortrages war der Saal so dicht besetzt, daß Hunderte von Zuhörern keinen Einlaß finden konnten. Die Versammlung nahm den besten Verlauf. In der vorgeschlagenen Resolution kam die folgende Genugtuung über das Friedensangebot der russischen revolutionären Regierung zum Ausdruck, und es wurde gefordert, daß die deutsche Regierung dem Friedensangebot entgegenkomme. Schließlich wurden wichtige Resolutionen über die Einführung des freien Wahlrechts in Preußen und der Gemeinden verlesen. Die Resolutionen sind einstimmig angenommen.

In Anwesenheit von Rheinbrach Solmann (Köln) hat 150 Personen der „Sozial. Freiheit“ unter lebhafter Zustimmung. Die Arbeiterbewegung macht hier überall gute Fortschritte; die Mitgliederzahl in Partei und Gewerkschaften ist nicht als jemals zuvor. In Düsseldorf bei Raets sprach Reichstagsabg. Meier als in überfüllter Versammlung. Die dortige Arbeiterbewegung ist sehr lebendig.

Ernährungsfragen.

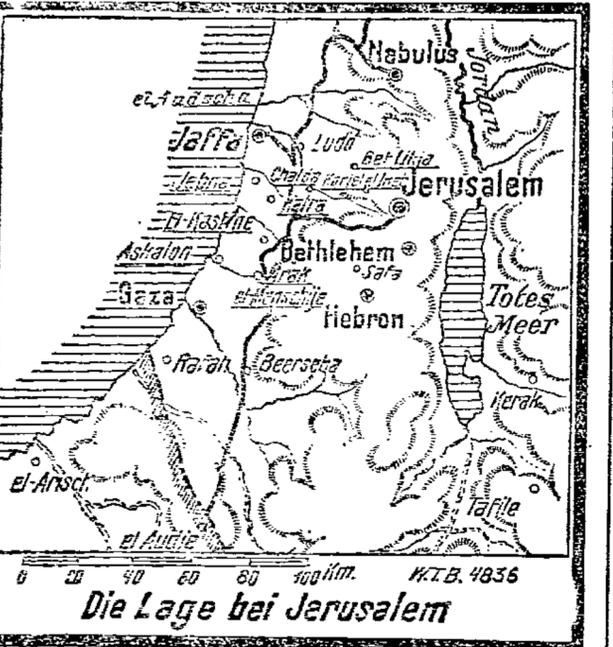
Der 2. L. wird die Fall mangelhaft vor das wackerste Weib der Welt, das namentlich von Paris aus die besten Sitten treibt, besonders illustriert. Ein Soldat, der es der Kaiserin hat, führte einige Pfund Butter mit sich, die er in Paris für 2 Mark das Pfund erworben hatte. Er brachte sie ein Pfund davon. Da die Butter aber sehr schlecht war, wurde sie nicht angenommen.

und auf Brot aufgestrichen nicht zu genießen war, so wurde sie eingeschmolzen, um als Rohbutter verwendet zu werden. Bei diesem Einschmelzen blieben 60 Gramm Butterfett übrig, alles andere war Wasser gewesen. Hiernach würde sich ein Pfund Butterfett auf 25 Mark stellen lassen. Eine ähnliche Beobachtung wurde an belgischer Butter gemacht, von der ein halbes Pfund zu 5,25 Mark beim Einschmelzen 90 Gramm Schmalz ergab, so daß in diesem Falle der Preis wasserfreier Butterfett sogar 29 Mark pro Pfund betrug. Der Lebensmittelminister scheint also in den Kampfzonen noch ärger zu sein als bei uns daheim, und mancher Soldat, der den Sämen beim Urlaubsbesuch eine Wohlthat erweisen möchte, gibt sein erspartes Geld für ganz minderwertige Schmelzwasser aus und beschwert sich auf der Reise mit teuer erstandenen Wasser, das er in der Heimat auch jetzt noch immer umsonst haben konnte.

Zur Kriegslage in Palästina.

Konstantinopel, 21. November. Amtlicher Tagesbericht. Einzigart: In den Abendsstunden des 21. November gelang es dem Gegner, in einen Teil unserer Stellung einzudringen. Durch Gegenstoß wurde unsere Stellung fast restlos wiedergewonnen. Der Feind hatte beträchtliche Verluste. Wir erbeuteten fünf Maschinengewehre und machten Gefangene. Sonst nichts von Bedeutung.

Amtlicher britischer Bericht aus Palästina: Am 21. November erlitten unsere Truppen den Höhenrücken von Nebi Samwil, die Stätten des alten Nisap, 3000 Yards westlich der Straße von Jerusalem nach Nebi. Wiederholte Gegenangriffe der Türken wurden abgelehnt. Unsere britischen Truppen, die sich am 21. November Berunia näherten, wurden durch starken Gegenangriff zum Rückzug gezwungen und halten jetzt Beirulanta, oberhalb Beth Horon besetzt.



Die Lage bei Jerusalem

Ueber die Lage in Palästina wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gesagt, von einem nennenswerten Erfolg der Engländer könne nicht die Rede sein, aber trotz der Ziffern an Gefangenen und Beute ist die Lage keineswegs sehr optimistisch zu betrachten. Da indes nach wie vor die Bedrohung des Jüdischen durch die Türken bestehen bleibt und die Engländer zahlenmäßig ganz bedeutend überlegen sind, so scheint es nicht ausgeschlossen, daß die zukünftige Bewegung noch immer nicht endgültig zum Durchbruch gekommen ist. Daß es unseren türkischen Verbündeten in dieser schwierigen Lage dauernd möglich sein wird, vorwärts Jerusalem dem feindlichen Infanterieband zu halten, bleibt zu hoffen, aber unbedingt ist hiermit nicht zu rechnen. Vielleicht wäre es sogar ein Fehler, die Stadt rein christlicher Gründe halber länger zu halten, als es die militärische Lage rechtfertigt, denn natürlich und ironisch hätte die Aufgabe Jerusalems keinerlei Bedeutung, obwohl sie naturgemäß sowohl in moralischer wie politischer Hinsicht außerordentlich bedeutsam sein müßte. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Truppen, die sich in dem östlichen Berglande vorwärts Jerusalem halten wollen, nahezu aller räumlichen Verbindungen beraubt sein würden, an von dort aus nicht ihnen nur die Höhenstraße über Tell Hür auf Sichern zur Verfügung, die erst dort Aufbruch an die Bahn findet. Die einzige Bahnverbindung von Jerusalem, die Stetsbahn nach Chaldea, ist nicht mehr der Einwirkung des Feindes entzogen. Ob es bei diesen manövierten Verfehlungen möglich sein wird, der trotz aller Angriffe bisher noch standhaft wehrenden türkischen Armee rechtzeitig Beistand zu leisten, darüber ist zu zweifeln. Die türkische Armee wird sich nicht so leicht aus dem langen räumlichen Bahnlinien zurückziehen, wie man erwarten könnte; denn deren Zahl könnte überdies außerordentlich gering sein, da auch der gesamte Nachschub auf die eine Bahn und die wenigen Straßen angewiesen ist. Jedenfalls aber liegt das Abgeben Jerusalems im Bereich der Möglichkeit.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Rekrutierung der Privatbeamten. Der Geschäftsführer des Deutschen Technikerverbandes Karl Müller-Franklin klagt in einem langen Artikel der „Rechten Zeitung“ über die Ausnahmestellung, unter denen die Privatbeamten stehen; sie würden überall immer die Arbeiter zurückgelassen. Die stets wachsende Spannung zwischen Einkommen und Lebenshaltung sei bei ihnen noch schlimmer als bei der Arbeiterschaft. Verhandlungen mit den Angestelltenorganisationen lehnten die Unternehmerverbände fast durchweg ab. Zulagekassanten und andere Zusatzverdienstmittel würden dem Bureaupersonal und den kaufmännischen Angestellten grundsätzlich verweigert. Hunderttausende dienstpflichtiger Arbeiter seien entlassen oder beurlaubt und arbeiteten in der Kriegszustand teilweise gute Löhne; aber gegen die Techniker sei, verhältnismäßig und auf Privatvertrag beschäftigt werden dürfe. So würden sie denn entlassen und müssen für 220 Mk. im Tag als entlassene Fortschrittsgehälter leben. Durch all diese Zurücksetzung sei unter den Angestellten eine Stimmung eingetreten, wie sie seltener und gefährlicher nicht vorkommen könne. Die Angestellten hätten sich gegen die Sozialdemokratie unbedingt abweisend verhalten, teils wegen ihrer bürgerlichen Herkunft, teils aus Parteipolitik. Die Kriegserfahrungen der Angestellten würden aber zweifellos auch politische Folgen haben. Schlimm genug, daß die Angestellten nicht erst durch Schanden hing werden müßten!

Ein neues Zirkular der Unternehmerverbände zum Hilfsdienstgesetz. Ein vertriebenes Rundschreiben eines Unternehmerverbandes, welcher der Reichsregierung durch Arbeiterverbände angefordert, in der Generalkommission auf den Schriftführer festgelegt und wird in „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht. Es enthält einen Bericht über die vielen Klagen, welche auf der Gewerkschaftsversammlung der Arbeitgeberverbände in Nürnberg über das Hilfsdienstgesetz vorgebracht worden sind. Die Bau der Unternehmer nicht nur in erster Reihe gegen den Paragrafen des Gesetzes, der bestimmt, daß der Arbeitgeber zu entscheiden ist, wenn der Arbeiter in der neuen Stellung sein Einkommen wesentlich zu verbessern vermag. Durch Eingabe vom 23. März 1917 haben die

Unternehmerverbände das Kriegsamt ersucht, diese Bestimmung dahin abzuändern, daß der Arbeitgeber nur dann zugelassen werden dürfe, wenn die bisherige Entlohnung nach den örtlichen Verhältnissen nicht angemessen war. Das neue Geheimzirkular teilt über die Aufnahme dieser reaktionären Anregung mit:

Das Kriegsamt hat den Schlichtungsausschüssen von dem Vorschlag betreffend Ungemessenheit der örtlichen Löhne Kenntnis gegeben, diese aber erblickten darin einen Eingriff in ihre Zuständigkeit. Danach hat das Kriegsamt es ihnen anheimgestellt, den Vorschlag zu berücksichtigen. Vorbildlich ist das Verhalten des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps, das entschieden hat, daß der Arbeitgeber nur dann zu erteilen ist, wenn es sich bei einem Stellenwechsel für den Arbeiter darum handle, aus einem unangemessenen niedrigen Stand der Löhne herauszukommen.

Hat das Stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps wirklich eine solche Verfügung erlassen? Sie würde mit Sinn und Inhalt des Hilfsdienstgesetzes in keiner Weise zu vereinbaren sein. Das geheime Rundschreiben verlangt weiter die Erhöhung der Wartezeit für den ohne Abwehrlein ausgetretenen Arbeiter von 14 Tagen auf 4 Wochen, die Geheimhaltung der Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse und eine Fülle von anderen Verschlechterungen des Hilfsdienstgesetzes. Ein besonders breiter Raum wird den Schmerzen über die Angestellten-Organisationen gewidmet, die sich immer mehr gewerkschaftlich entwickelten. Während man ihnen die Vertretung der Interessen der Angestellten sehr verübelt, klagt man gleichzeitig heuchlerisch, daß sie neben den Arbeitern nicht genügend zur Geltung kämen. Im ganzen ist dieses Geheimzirkular eine Warnung für die Arbeiter, welche nicht überhört werden sollte: die Unternehmer sind unermüdlich an der Arbeit, die Kriegslage der Arbeiter weiter zu verschlechtern und namentlich das Hilfsdienstgesetz zu verfeinern, das ihnen in keiner Weise gefällt. Da müssen die Gewerkschaften geschlossen und auf dem Posten sein, soll nicht die Arbeiterklasse Schaden nehmen.

Kommunales.

Die Wohnungsnot in München. Der Münchener Magistrat traf eine Reihe von Maßnahmen, um der immer härter werdenden Wohnungsnot abzuwehren. Es werden Verhandlungen mit Industriellen zur Herstellung von Baracken geführt. Ferner sollen leerstehende Läden, Werkstätten, sowie Säle durch Einbauten zu Wohnzwecken nutzbar gemacht werden. Die Stadtgemeinde München stellte kürzlich einen Kredit von 100 000 Mark zu diesem Zweck zur Verfügung.

Städtische Schuhbesorgung in Berlin. Die Not der Zeit hat auch die Reichshauptstadt veranlaßt, städtische Schuhbesorgungs- und Ausbesserungswerkstätten zu errichten, die nunmehr dem Publikum zur Verfügung stehen. Annahmestellen bestehen bei einer größeren Anzahl von Schuhmachermeistern, die verpflichtet sind, auch für eigene Rechnung Schuhwaren insband zu legen, zu denen die Werkstätten dann das notwendige Material liefern werden. Soweit diese Schuhmacher die Inbandarbeiten nicht selbst ausführen können, senden sie die Schuhwaren an die Schuhwerkstätten, und diese haben dafür zu sorgen, daß die Meister innerhalb von zehn Tagen die fertigen Schuhe wieder von dort abholen lassen können.

Aus Nah und Fern.

Ein Fuhrwerk vom Zuge überfahren. Auf der Straße Staffurt-Blumenberg wurde ein dem Oberamtmann Schäper gehörendes Fuhrwerk durch eine Lokomotive überfahren. Hierbei wurde der Bergmann Wilhelm Düe aus Br. Bornecke und einer seiner Söhne sofort getötet, ein zweiter Sohn schwer, der Gefährtührer leicht verletzt. Die Schrammen waren nicht rechtzeitig geschloffen worden.

Eisenbahnunglück. Wolffs Bureau berichtet aus Posen, 24. November: Der Personenzug 680 (Schneidemühl-Posen) fuhr heute 7 Uhr 30 Minuten vormittags zwischen Seban und Posen in der Nähe der Abzweigung Posen-Schneidemühl in eine zurzeit zur Arbeit gehende Bahnmeisterrotte hinein. Hierbei wurden vier Männer und vier Frauen sofort getötet, eine Frau wurde schwer verletzt. Bezüglich der Schuldfrage ist eine amtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Unfreiwillige Komik. In dem zu Bozen erscheinenden „Tiroler“ wird in einem Orisbericht aus dem Dorf Deutschhofen ein Unglück folgendes mitgeteilt: Hier ist der Gesundheitszustand ganz zufriedenstellend, weil der Doktor eingedrückt ist. Das Vieh wird ziemlich stark hergenommen.

Der ehemalige Zentrumsabgeordnete Feer und seine Gattin sind, wie aus Formeln gemeldet wird, durch Gas, das einem schlecht geschlossenen Heizofen entströmte, tödlich verunglückt.

14 Arbeiterinnen bei einem Fabrikbrande verletzt. In der Metallwarenfabrik Bach in Mainz brach Sonnabend abend ein Brand aus, der in kurzer Zeit wieder gelöscht wurde. Der Sachschaden ist gering. 14 Arbeiterinnen wurden leicht verletzt.

Explosion in einer Fabrik in Nord-London. Durch eine Explosion in einer Fabrik in Nord-London wurde eine Frau getötet, zwei Frauen wurden leicht verletzt. Das Gebäude wurde nicht beschädigt.

Der Geist der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben für den

Arbeiter Volksboten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbe Abonnenten und Mitglieder!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Weid.

Gründlichen oder für den Beamten, Handwerker und Gewerbetreibende werden lauter und deutlich geführt in der Druckerei des „Arbeiter Volksboten“, Jahrgang 16